

01 | 2021

■ Zusammen stark fürs Klima	02
■ Bündnis für Wohnen 2.0	03
■ Ohne Blau kein Grün – Klima, Natur und Wasser in der Stadt	04
■ Am Boden – Flughafen Stuttgart	06
■ SWSG: sozial, ökologisch, finanzstark	07
■ Stuttgart 21: Ergänzungsstation	10
■ Mobilitätspass	11
■ Die Stadt frauenfreundlich machen	13
■ Digital MoveS – digitale Verwaltung	15
■ Wir I(i)eben Europa	16
■ Mit Schmetterlingen zur Barrierefreiheit	21
■ Aus den Bezirken: Stadtplanung im 21. Jahrhundert – Quartierskonzepte – Der neue Stöckach – Rosensteintunnel – Superblock – ...	22
■ Danke, Fritz!	32

ERNÄHRUNGSRAT

Essen macht Klima

■ DAS WÜRDEN UNS SCHMECKEN: EINE URBANE ERNÄHRUNGSWENDE FÜR STUTTGART

Wo kommt unser Essen her? Was essen wir, was ist gesundes Essen? Welche Auswirkungen hat unser Essen auf die CO₂-Bilanz? Was geschieht mit Essensresten? Jeden Tag essen wir, täglich benötigen wir Nahrungsmittel – und sind es gewohnt, nahezu jedes Lebensmittel zu jeder Jahreszeit konsumieren zu können. Was bedeutet das für die Handelsströme und das Verkehrsaufkommen, was bedeutet es für das Klima?

Der Klimawandel ist unsere größte Herausforderung für die nächsten Jahre und Jahrzehnte. Deshalb fragen wir uns, wie wir auf verschiedenen Ebenen erreichen können, den CO₂-Ausstoß in Stuttgart zu senken. Es macht einen Unterschied, welches Lebensmittel wie erzeugt wird, wie es weiterverarbeitet wird, auf welchen Transport- und Vertriebswegen es nach Stuttgart

kommt. Viele Initiativen und Gruppen arbeiten parallel an diesem Thema – vom Anbau bis zur Vermarktung. Zugleich interessieren sich immer mehr Menschen für das Gärtnern und lernen Gemüsebau. Urban Gardening ist aller Orten gefragt. Es brodelt nicht nur, es keimt an allen Ecken und Enden!

Das Interesse ist da und der Bedarf auch. Wir brauchen gesundes Essen, das auf möglichst kurzen Wegen zu uns in die Stadt kommt. Wir brauchen viel mehr regionales, saisonales und Bio-Essen auf unseren Tellern. Zu Hause, in den Kitas, Schulen, Betriebskantinen, in den Krankenhäusern und in den Restaurants. Essen geht uns alle an, jeden Tag. Gutes Essen muss sich jede und jeder leisten können, gesundes Bio-Essen darf keine Frage des Geldbeutels sein.

■ VERNETZEN WIR UNS, MACHEN WIR UNS SCHLAU, GEHEN WIR NEUE WEGE!

Die komplexen Fragestellungen auf dem Weg hin zu mehr saisonalem, regionalem und Bio-Essen für Stuttgart sind nicht im Alleingang zu lösen. Vernetzung ist angesagt. Mit dem Hearing „Essen macht Klima“ haben wir unsere Klimaschutz-Veranstaltungsreihe erfolgreich gestartet. Wir brauchen eine urbane Ernährungswende für Stuttgart. Davon bin ich überzeugt. Wir brauchen eine zukunftsfähige Ernährungs- und eine zukunftsfähige Landwirtschaftspolitik. **■ DIE ZEIT IST REIF FÜR EINEN ERNÄHRUNGSRAT FÜR STUTTGART.**

Gabriele Munk

Bio, regional – und lecker, man sieht's. Fotomotiv der Karte, mit der wir im Juni zu unserem Hearing „Essen macht Klima“ einladen. Dokumentiert unter: www.lust-auf-stadt.de/veranstaltungen-2



EDITORIAL

**Geneigte Leserschaft,
liebe Freund*innen,**

■ vor Kurzem haben wir im Stuttgarter Gemeinderat Ex-OB Fritz Kuhn offiziell verabschiedet. Die Zeremonie hat mich doch etwas nachdenklich gestimmt, die grüne Handschrift an der Verwaltungsspitze werden wir vermissen. Unseren Dank an Fritz Kuhn finden Sie auf Seite 32 und eine erste Bilanz zur Arbeit des Neuen auf Seite 8.

Als einen Schwerpunkt ziehen sich Artikel zum Thema Klima durch diese STADTBLETT-Ausgabe und illustrieren, auf wie vielen Feldern die Stadt **GEGEN DEN KLIMAWANDEL VORGEHEN** und **KLIMANPASSUNG BETREIBEN** muss.

Der Initiative Bürger*innenrat ist es trotz Corona gelungen, 2.500 Unterschriften an die Stadt zu überreichen und ein gemeinsamer Beschluss der Fraktionen im Gemeinderat hat bereits jetzt klar gemacht: Die Arbeit wird seitens der Stadt breit unterstützt. Wir gratulieren der Initiative und bedanken uns sehr für das Engagement.

Gabriele Nuber-Schöllhammer hat sich beruflich verändert und deswegen ihren Fraktionsvorsitz niedergelegt. Petra Rühle wurde zu ihrer Nachfolgerin gewählt. Danke an Gabriele für die gemeinsame Zeit in der Fraktionsführung. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Petra Rühle.

Vor zwanzig Jahren hat maßgeblich Silvia Fischer STOP ins Leben gerufen, die Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt. Ein Anlass, zurückzuschauen und das Erreichte zu rekapitulieren. Dass **INTERESSEN VON FRAUEN** in der Stadt zu kurz kommen, spiegeln zwei Beiträge über „Gender Planning“ wider.

Zahlreiche weitere Beiträge und Themen aus den Stadtbezirken sollen Ihnen einen Einblick in unsere Arbeit geben. Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer.


Andreas Winter

BÜRGER*INNENRAT KLIMA

Zusammen machen wir uns stark fürs Klima

■ **LOS JETZT: DER BÜRGER*INNENRAT KLIMA STUTTGART SOLL SO BALD WIE MÖGLICH STARTEN KÖNNEN!** | Damit wir in Stuttgart CO₂-neutral werden, müssen wir in den kommenden Jahren entscheidende Transformationsschritte gehen. Und je früher und entschlossener wir gegen den Klimawandel angehen, desto weniger hart werden uns die Auswirkungen treffen. Für Rückenwind auf diesem Weg sorgt die Initiative für den „Bürger*innenrat Klima Stuttgart“. Sie hat vor Kurzem einen Einwohner*innen-Antrag vorgelegt, den über 2.500 Menschen unterzeichnet haben. Damit ist dieser Antrag gleich zu bewerten wie ein Antrag, der aus der Mitte des Gemeinderats kommt. Wir gratulieren der Initiative zu diesem Erfolg und unterstützen das großartige Engagement.

LÖSUNGSORIENTIERT UND INKLUSIV | Für uns Grüne ist klar: Die Lösung der Klimakrise erfordert tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen. Die schaffen wir nur, wenn möglichst viele Menschen mitmachen. Hier hilft der Bürger*innenrat. Er ist ein modernes Partizipationsverfahren, um Konflikte und Lösungen zu diskutieren. Deshalb freuen wir uns, dass diese Chancen der Partizipation bei der Klimaschutzpolitik jetzt auch in Stuttgart ergriffen werden. Gerade

nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Teilnehmer*innen an Beteiligungsverfahren zeigen oft sehr lösungsorientierte Ergebnisse. Diese positive Erfahrung konnten wir bereits mit dem Bürgerforum zur Oper machen. Um den Bürger*innenrat Klima Stuttgart jetzt schnell auf den Weg zu bringen, haben wir die Verwaltung gebeten, dessen Einrichtung zügig vorzubereiten. Er soll sich aus einer vielfältigen Gruppe von Personen (Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildungsabschluss, Stadt/Land, Zuwanderungserfahrung, Handicap) zusammensetzen, um möglichst alle Stuttgarter*innen zu repräsentieren.

Aufgabe des Rates soll sein, die Stadt auf dem Weg, klimaneutral zu werden, zu begleiten. Er soll von einer politisch unabhängigen Organisation moderiert werden und seine Debatten unabhängig führen. Zu seiner Meinungsbildung kann er Fachvorträge von relevanten Akteuren vorsehen. Im Anschluss übergibt er seine Empfehlungen an den Gemeinderat. Wir Grünen im Stuttgarter Rathaus freuen uns auf gute Zusammenarbeit fürs Klima!

Andreas Winter



Übergabe der Unterschriften am 24. Juni. Foto: privat





■ DIE SANIERUNG DER OPER IST ENDLICH AUF DEN WEG GEBRACHT

Die guten Vorarbeiten von Ex-OB Fritz Kuhn und die gute Vorbereitung in den Gremien haben für die Opersanierung die Grundlage geschaffen. Ein großer Dank auch den Menschen, die sich im Rahmen der Bürgerbeteiligung Oper die Zeit genommen haben, sich tiefer mit dem Thema zu beschäftigen. Ein großer Erfolg für die Zukunft von Oper und Ballett ist die jetzt zu beschließende Vorlage zum Grundsatzbeschluss Opersanierung.

Das Eile geboten ist, zeigte das Unwetter vom 28. Juni, das Teile des Kupferdachs vom Opernhaus riss. Foto: Leif Piechowski / LICHTGUT

WÄRME

Innovativ!

Nahwärme auch im Gebäudebestand

■ Die Wärmewende ist in Stuttgart ein zentraler Baustein, um den CO₂-Abdruck zu verringern. Im dicht besiedelten Stadtraum bieten sich Quartierslösungen an. So werden in vielen Neubauquartieren bereits innovative Wärmekonzepte geplant und umgesetzt, etwa im Neckarpark, auf dem Olgaareal und beim ehemaligen Bürgerhospital. Durch einen guten Sanierungsstandard im Neubau können Nahwärmenetze mit niedrigen Vorlauftemperaturen realisiert werden – perfekt für Abwärme aus Abwasserkanälen und erneuerbare Energien.

Die wahre Herausforderung für die Wärmewende wartet aber im Wohnungsbestand. Wohnungen aus dem letzten Jahrhundert sind meist nicht ausreichend saniert, um Nahwärmenetze mit niedrigen Temperaturen zu betreiben. Hinzu kommt, dass kein Anschlusszwang für Anwohner*innen besteht, so dass im Vorfeld viele Akteure in die Planung einbezogen werden müssen.

PILOTPROJEKT: | In Weilimdorf entsteht nun das erste Nahwärmenetz im Wohnungsbestand. Das Projekt wurde maßgeblich von der Energieoffensive Weilimdorf ins Leben gerufen. Wir unterstützen das Projekt und hoffen auf schnelle Umsetzung mit den Stadtwerken Stuttgart.

Benjamin Boy



WOHNEN

Bündnis für Wohnen 2.0

Seit fünf Jahren gibt es das Bündnis für Wohnen. Was hat es gebracht, wie geht es weiter?

■ Dunkle Zeiten waren das bis 2016. Denn viele Genossenschaften zahlten die vergünstigten Darlehen zurück, die sie zum Bau von Sozialwohnungen erhalten hatten, und konnten somit ihre Wohnungen nach acht Jahren frei vermieten. Es war das Verdienst von Ex-OB Fritz Kuhn, dass er mit allen ehemals gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften geredet und sie dazu gebracht hat, dass sie diese Rückzahlungen stoppen. Mehr noch: Er hat erreicht, dass sie fünf Jahre lang wieder in den Bau neuer Sozialwohnungen investieren und sogar freie Wohnungen aus ihrem Bestand für die Belegung durch die Stadt herausgeben. Das war ein enormer Erfolg für mehr bezahlbaren Wohnraum in Stuttgart!

FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM: GEGENLEISTUNGEN DEFINIEREN! | Wichtig ist nun, dass auf dieser Basis ein Bündnis 2.0 für die nächsten Jahre vereinbart wird, damit all diejenigen Wohnungsgesellschaften, die diese Verpflichtung eingehen wollen, Klarheit darüber haben, welche Gegenleistungen sie dafür von der Stadt erwarten können; zum Beispiel eine Berücksichtigung bei der Vergabe städtischer Grundstücke. Ebenso muss die Stadt die Sicherheit haben, dass Partner bereitstehen, die auf diesen Grundstücken bezahlbare und geförderte Wohnungen in großem Umfang bauen, damit Geringverdiener mit

Wohnberechtigungsschein und Menschen, die sich auf dem freien Wohnungsmarkt nicht versorgen können, eine Perspektive auf eine bezahlbare Mietwohnung in Stuttgart haben. Dazu gehört auch, dass für bestehenden Wohnraum Anschlussförderungen in Anspruch genommen werden können. Denn allein mit Neubau kann die Zahl der Wohnungen, bei denen die Sozialbindung regulär ausläuft, nicht kompensiert werden.

OB Nopper wurde von uns nun beauftragt, diese Verhandlungen zu führen und noch vor der Sommerpause erste Ergebnisse zu präsentieren.

Wir Grünen sind der Meinung, dass die Bereitstellung von gefördertem Wohnraum nicht allein die Aufgabe der kommunalen Wohnungsgesellschaft SWSG sein darf, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Deshalb erwarten wir, dass sich die ehemals gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften auch weiterhin auf diesem Feld engagieren. Und wir laden alle Bauwilligen ein, sich dieser Aufgabe anzunehmen. Denn die Schaffung von preiswertem Wohnraum ist Sozialpolitik par excellence.

Silvia Fischer



Ohne Blau kein Grün

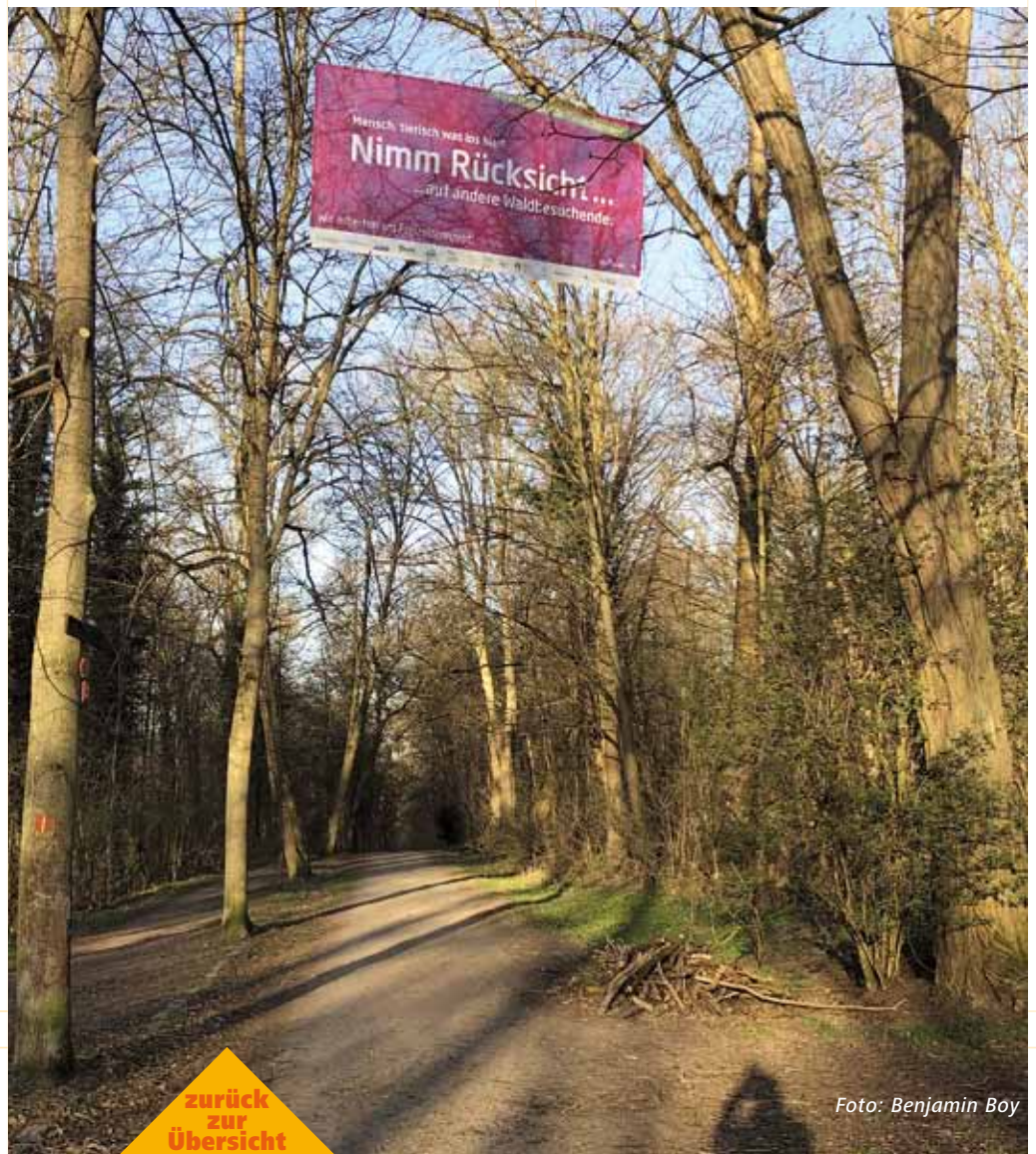
Kurzes Brainstorming zu Klima, Natur und Wasser in der Stadt: Trinkwasser, Schwammstadt, Bäche, Trinkbrunnen, Baumgesundheit, Siedlungswasserhaushalt, Hitzeinseln, Starkregen, Überflutung, Trockenheit, Dürre, Lebensmittelanbau, Abwasser, Renaturierung, ...

■ **... TRINKWASSER:** | Wasser ist das wichtigste Lebensmittel für alles Leben auf der Erde. Wir sind es seit der Einführung der Landes- und Bodenseewasserversorgung gewohnt, Trinkwasser höchster Qualität in unsere Netze und Wasserleitungen eingespeist zu bekommen. Die Pionierarbeit der Infrastrukturplaner*innen vor über 50 Jahren – Stichwort „Albstollen“ – ermöglicht es uns Städter*innen seitdem, zu jeder Tages- und Nachtzeit Wasser bezahlbar in Hülle und Fülle zur Verfügung zu haben. Stuttgart lebt vom Bodensee und vom Donauried. Ein unermesslicher Wert für die Gesundheit und Hygiene, für die Produktivität in den Fabriken und Betrieben. In klimatisch weniger begünstigten Regionen dieser Erde müssen Menschen ein rationiertes Wasservorkommen kilometerweit in Eimern schleppen. Wir leben hier also im Wasserluxus.

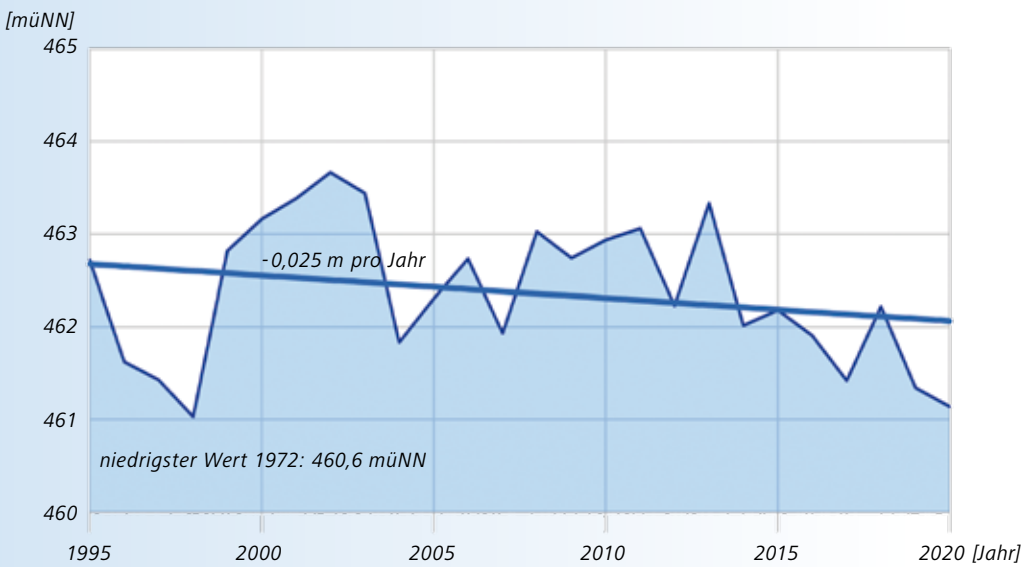
Im Verwaltungsrat der Landeswasserversorgung, dem ich angehören darf, wird regelmäßig zum Stand der Wasserversorgung berichtet. Deren Technischer Leiter, Prof. Dr. Frieder Haakh, stellt seit einigen Jahren dar, wie der Wasserverbrauch steigt, jedoch die Grundwasserneubildung drastisch rückläufig ist. Deshalb freue ich mich tatsächlich sehr, wenn es bei uns regnet. Unser Bild im Kopf bezüglich der Verfügbarkeit von Wasser ist ein anderes als das, was sich in den Tabellen und vor allem in den Prognosen zur künftigen Wasserversorgung in Bezug auf die stetig ansteigende Klimaerwärmung spiegelt. Die Wasserversorgungsunternehmen tun heute schon alles, damit wir auch noch in 20, 30 Jahren in Stuttgart genügend Trinkwasser haben. Aber es wird aufwendiger, es zu generieren und aufzubereiten. Sprich: Es wird auch teurer werden.

■ **NIMM RÜCKSICHT IM STUTTGARTER WALD!**

Unsere Stadt zeichnet sich nicht nur durch urbanes Leben, sondern auch durch einen außergewöhnlich schönen Wald aus. Der Stuttgarter Wald bietet vielen Tieren Lebensraum und Rückzugsmöglichkeiten. Auf der anderen Seite ist der Mischwald ein wichtiges Naherholungsgebiet und wird intensiv von Wanderern, Joggern und Mountainbikern genutzt. Dadurch ergeben sich immer wieder Konflikte zwischen Spaziergängern, Mountainbikern, Hundehaltern und dem Naturschutz. Corona hat den Druck auf den Wald und die Konfliktlagen nochmals deutlich erhöht. Die Nutzungskonflikte zwischen Mensch und Natur werden unter anderem im Waldbeirat thematisiert. In diesem Jahr wird ein Freizeitkonzept entwickelt, bei dem die verschiedenen Interessen und Bedürfnisse an den Wald ausgewogen berücksichtigt werden sollen. Als erste Maßnahme wurde vor den Osterferien eine Kampagne für mehr Rücksichtnahme im Stuttgarter Wald entwickelt. Mit „Mensch, tierisch was los hier!“ mahnen zwischen den Bäumen aufgehängte Banner zu mehr Rücksichtnahme gegenüber der Natur und den Mitmenschen. *Benjamin Boy*



KARSTGRUNDWASSERSTAND MESSSTELLE 7101:



Tendenz sinkend. An dieser Messstelle geht das Grundwasser um durchschnittlich 2,5 Zentimeter pro Jahr zurück. Grafik und Datenquelle: Zweckverband Landeswasserversorgung

... **GRAUWASSER:** | Wir brauchen also Konzepte, mit Trinkwasser im Hinblick auf den Klimawandel sparsamer umzugehen! Die Nutzung von Grauwasser ist vor allem bei Neubauten, in öffentlichen Gebäuden, bei grundlegenden Sanierungen und bei der Bewässerung öffentlicher Anlagen möglich und deutlich erweiterbar. Ein bisher völlig unterbelichtetes Thema. Benötigt wird ein langfristig ausgerichtetes strategisches Grauwassermanagement einschließlich Speicherung, Verteilung und Gebäudemanagement mit dem Ziel, mindestens zehn Prozent des Trinkwasserbedarfs bis 2040 durch Regenwassernutzungen innerhalb des Stadtgebietes zu ersetzen. Dabei muss natürlich die strikte Trennung des Grauwassers vom Trinkwasser die hohe Trinkwasserqualität sichern. Was können wir selbst tun? Zum Beispiel als ersten Schritt Regenfässer und Zisternen für den Garten aufstellen, ja bitte.

... **TRINKBRUNNEN:** | Durst zu löschen soll und darf in der Stadt keinen Konsumzwang auslösen; wir wollen noch viel mehr Trinkbrunnen in der Stadt. Auf allen großen Plätzen in allen Stadtteilen Stuttgarts.

... **STADTBÄUME:** | Zu wenig Wasser, zu trocken, zu heiß. Niederschlagsfreie Zeitperioden und hohe Temperaturen führen zu einem Defizit an für Pflanzen verfügbarem Wasser im Boden. Wie schaffen wir es trotzdem, bestehende Straßenbäume auch im zukünftig noch unwirtlicheren Stadtklima gesund zu erhalten und in ihrem Wachstum zu fördern? Und junge Bäume groß werden zu lassen?

Wir werden zur Bekämpfung des Klimawandels noch viel, viel mehr Bäume brauchen. Wir haben mit unserem Haushaltsantrag 2020/21 erreicht, mehr Gießwägen für die Stadt zu bekommen, um dem Durst der Straßenbäume kurzfristig zu begegnen. Auch soll für das Gießen per Tankwagen nicht mehr Trinkwasser, sondern Grauwasser verwendet werden. Nur: Immer noch mehr Gießwägen durch die Stadt fahren zu lassen, ist nicht unser strategisches Ziel. Hier könnte wesentlich effektiver das sogenannte „Schwammstadtprinzip“ die Lösung sein: Die Schwammstadt oder „Sponge-City“ ist ein Konzept der Stadtplanung, anfallendes Regenwasser lokal aufzunehmen und zu speichern, statt es nur zu kanalisieren und abzuleiten. Die Folge: weniger Überflutungen bei Starkregen, besseres Stadtklima, gesündere Stadtbäume. Dieses Prinzip muss von Anfang an bei Straßensanierungen und Neupflanzungen von Bäumen mitgedacht werden.

Im nächsten STADTBLATT folgt die Fortsetzung zum Themenkomplex Klima/Wasser – dann mehr zu Regenwassermanagement und Überflutungssicherheit, zu Hitzeinseln und Kühlung durch Verdunstung.

Gabriele Munk



KLIMASCHUTZ

Ambitioniert

Die kommunale Klimapolitik in Stuttgart hat bei ihren Klimazielen die Messlatte recht hoch gelegt. Jetzt gilt es, die Ziele auch zu erreichen.

■ Im April hat das Bundesverfassungsgericht ein historisches Urteil gefällt: Klimaschutz ist ein Grundrecht. Die Lasten dürfen nicht mehr auf Kosten nachfolgender Generationen in die Zukunft verschoben werden.

VOM GERICHT GETRIEBEN: BUND VERSCHÄRFT SEINE KLIMAZIELE |

Folgerichtig hat die Bundesregierung ihre Klimaschutzziele verschärft. Das nationale Treibhausgas-Minderungsziel bis 2030 gegenüber 1990 wurde von bisher 55 Prozent auf 65 Prozent angehoben. Doch welche Auswirkungen hat das Urteil auf die kommunale Klimapolitik in Stuttgart? Das jetzt auf Bundesebene beschlossene Minderungsziel von 65 Prozent bis 2030 wurde in Stuttgart bereits 2016 verabschiedet. Wir sind auf einem guten Weg, dieses Ziel auch zu erreichen. Noch unter OB Fritz Kuhn hat die Stadt einen Treibhausgas-Emissionspfad bis zur Klimaneutralität entwickelt, sodass die Minderungsziele jährlich überprüft werden können. 2018 wurde das Minderungsziel geringfügig verfehlt, 2019 hingegen haben wir das Ziel um vier Prozent übertroffen: Die Treibhausgas-Emissionen waren um 41 Prozent niedriger als im Jahr 1990.

REICHEN UNSERE KOMMUNALEN ZIELE AUS? WIE KÖNNEN WIR SIE NOCH SCHNELLER ERREICHEN? |

Diese positiven Entwicklungen sind für uns Ansporn, die klimapolitischen Maßnahmen in Stuttgart weiter konsequent voranzutreiben. Erste Kippunkte im Klimasystem werden wohl überschritten – das Schmelzen des arktischen Meereises, des grönländischen Eisschildes und der Zusammenbruch des westantarktischen Eisschildes sind im Gange. Wir müssen uns deshalb mit der Frage beschäftigen, ob unsere beschlossenen kommunalen Ziele und Klimaschutzmaßnahmen ausreichen und wie wir die Maßnahmen in der Stadt schneller umsetzen.

Benjamin Boy

Am Boden

Corona zeigt, dass auch beim Fliegen der Trend nicht nur nach oben geht. Am Boden gilt: den Flughafen weiter Richtung Öko bringen!

■ Der Stuttgarter Flughafen verzeichnete im vergangenen Jahr einen Rückgang der Passagiere von 75 Prozent. Grund dafür war wie in vielen Bereichen der Gesellschaft und der Wirtschaft: die Corona-Pandemie. Seither scheint es, dass der Flughafen eine untergeordnete Rolle im Mobilitätsverhalten der meisten Menschen spielt. Allerdings gehen Mobilitätsforscher*innen davon aus, dass sich dies in naher Zukunft wieder ändern wird. Wahrscheinlich wird es zwar weniger Flugverkehr geben, da viele Firmen die Erfahrung gemacht haben, dass Videokonferenzen rund um den Erdball durchaus ein Ersatz für persönliche Treffen sein können und weil außerdem die Akzeptanz für Kurzstreckenflüge gesunken ist. Trotzdem wird damit gerechnet, dass der Flug in den Urlaub für viele Menschen zum persönlichen Lebensgefühl gehört.

DAS FLIEGEN SELBST KÖNNEN WIR NICHT GRÜN MACHEN – ABER DEN FLUGHAFEN. | Als grüner Stadtratsfraktion ist uns die Klimaschädlichkeit des Fliegens sehr bewusst. Wir haben aber nur eine geringe Möglichkeit, auf die Handlungen der Fluggesellschaften einzuwirken. Was wir können, ist, den Flughafen Stuttgart mit seinen Gebäuden am Boden energetisch und klimaneutral umzubauen. Im Grundsatz sehen wir die Notwendigkeit eines gut funktionierenden Flughafens für unsere international orientierte Wirtschaft und die Bevölkerung in der Metropolregion – Fliegen ist ja auch Teil unserer modernen Mobilität. Aber wir wollen, dass der Stuttgarter Flughafen sich wandelt. Er muss klimaneutral werden. Denn selbstverständlich sehen wir uns an die Pariser Klimaziele gebunden.

„MASTERPLAN ENERGIE UND KLIMA 2050“ DES STUTTGART AIRPORTS |

Ziel des bereits vorliegenden Masterplans ist es, die CO₂-Emissionen des Flughafens bis 2050 um 89 Prozent zum Basisjahr 1990 zu senken. Um dies zu erreichen, will der Flughafen Fotovoltaikanlagen auf allen geeigneten Flächen errichten. Bei der Wärmeversorgung neuer Gebäude verzichtet er bereits auf fossile Brennstoffe. Im Bestand strebt er an, die Wärmeversorgung auf Biomasse und Power to Heat umzustellen und die thermischen und elektrischen Speicherkapazitäten auszubauen. Um den Ausstoß von CO₂ zu vermeiden und Energie zu sparen, weitet der Flughafen zudem kontinuierlich seine Elektro-Fahrzeugflotte aus und achtet als Bauherr auf einen hohen Standard bei der Energieeffizienz von Neubauten.

Wir Grünen unterstützen die energetische Sanierung des Flughafens und das Ziel, klimaneutral zu werden. Beim Umbau und der Terminalentwicklung kann es für uns Grüne aber nur um die Aspekte energetische Sanierung, Sicherheit und Prozess- und Aufenthaltsqualität am Flughafen gehen. Einen Ausbau der Start- und Landebahn oder weitere Flächenversiegelung auf den Fildern darf es nicht geben!

Wichtig ist auch, dass mit den Modernisierungsmaßnahmen keine Kapazitätssteigerungen einhergehen. Deshalb begrüßen wir die Entscheidung, dass das für die Sanierungsphase zunächst angedachte Interimsgebäude nicht erstellt werden soll, da die Kapazität der Terminals aufgrund der coronabedingten Einbrüche beim Flugverkehr für längere Zeit ausreichend sein wird. Auch wichtig für uns Grüne: Der Bau zu-

sätzlicher Parkhäuser muss neu gedacht und ein ganzheitliches Mobilitätskonzept aufgelegt werden.

ENDLICH WEG VON DER WACHSTUMS-STRATEGIE! | Wir Grünen begrüßen es, dass sich der Flughafen Stuttgart auf den Weg zur Klimaneutralität macht. Doch gerade ein Unternehmen wie der Flughafen wird diesen Weg nicht allein durch energetische Sanierung oder Umrüstung der Fahrzeugflotte umsetzen können. Der Flughafen darf langfristig keine quantitative Wachstumsstrategie mehr verfolgen, die sich auf steigende Fluggastzahlen stützt. Vielmehr muss das künftige Geschäftsmodell ein nachhaltiges wirtschaftliches Konzept zur Bewirtschaftung der Airport City sein.

Gabriele Nuber-Schöllhammer



Sozial – ökologisch – finanzstark

Die Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft SWSG ist strategisch gut aufgestellt.

GESELLSCHAFTLICHE AUFGABEN ... | Günstiger Wohnraum ist ein rares Gut in Stuttgart. Deshalb ist es für uns umso wichtiger, dass die stadteigene Wohnungsgesellschaft SWSG dauerhaft dafür sorgt, dass ihre Mieten mindestens 20 Prozent unter dem Durchschnitt des Mietspiegels bleiben und dass weiterhin rund 40 Prozent ihrer 19.000 Wohnungen mietpreis- und rund 70 Prozent belegungsgebunden sind. Ebenso haben wir uns dafür eingesetzt, dass sie mehr Wohnraum für städtische Beschäftigte und Auszubildende bereitstellt.

Ein großes Anliegen ist uns die soziale Quartiersentwicklung. Hier hat die SWSG in vielen Stadtbezirken Herausragendes geleistet. Aber auch künftig wird die Schaffung eines ausgewogenen, heterogenen Wohnungsgemenges und der Erhalt von günstigen Mieten (44 Prozent der Wohnungen liegen zwischen 5,50 und 7,50 Euro) eine nicht einfache Daueraufgabe sein.

... UND ÖKOLOGISCHE ZIELE IM BLICK | Auch in ökologischer Hinsicht trägt die SWSG eine große Verantwortung. Die rund 19,5 Millionen Gebäude in Deutschland haben mit Heizung, Warmwasser und Beleuchtung einen Anteil von 40 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs.

Sie sind dadurch für fast 30 Prozent des gesamten CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Deshalb ist es wichtig, dass die SWSG mit ihren Gebäuden – wie von uns beantragt – einen deutlichen Beitrag zur CO₂-Minderung leistet und alles daransetzt, dass die gebäudebezogenen Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Klimaneutralität bereits 2035 erreicht wird. Dazu soll die schrittweise Erhöhung der energetischen Sanierungsrate auf vier Prozent vorangetrieben werden mit der energetischen Ertüchtigung der Gebäudehüllen und/oder der Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien.

Damit die Wärmeversorgung schneller über grüne Nahwärmesysteme erfolgen kann, wird die SWSG als Ankerkunde aktiv werden und zum Beispiel den Stadtwerken als großem Abnehmer wirtschaftliche Sicherheit bieten, damit diese Anlagen schneller realisiert werden können. Ein konkretes Nahwärmeprojekt läuft derzeit an: Im Mai erfolgte der Startschuss zum integrierten Quartierskonzept Weilimdorf Süd, welches das Amt für Umweltschutz der Stadt Stuttgart angestoßen hat und wo die SWSG im Gebiet Pfaffenäcker größere Wohnbestände besitzt.

UND FÜR ALL DAS GENUG GELD? |

Bleibt die Frage: Kann die SWSG die sozialen und ökologischen Herausforderungen finanziell überhaupt meistern? Zumal sie auch noch den Auftrag vom Gemeinderat hat, ihren Wohnungsbestand deutlich zu erhöhen. Rund 350 Wohnungen jährlich neu zu bauen und/oder aufzukaufen ist ambitioniert, aber realistisch. Bis 2024 soll die Zunahme von 19.000 auf 20.000 Wohnungen erreicht sein.

Zur Realisierung der nun aber als strategisches Ziel genannten mittel- bis langfristigen Zunahme auf 30.000 Wohnungen müsste die Schlagzahl deutlich erhöht werden – oder das Ziel wäre erst in über 28 Jahren erreicht. Beides ist nicht absehbar; deshalb hätten wir es für ehrlicher gehalten, kleinere Brötchen zu backen, in drei Jahren wieder Bilanz zu ziehen und dann ein für die nächsten Jahre erfüllbares Ziel zu formulieren. Um allem gerecht zu werden, was das Unternehmen leisten soll, muss die Finanz-, Ertrags- und Liquiditätskraft stabil bleiben. Die Stadt als Eigentümerin ist bestrebt, dies zu gewährleisten und verlangt keine Gewinnausschüttung. Deshalb kann die SWSG Kurs halten und mit Volldampf vorausfahren. Wir sind an Bord und steuern mit!

Silvia Fischer

WIE ERNÄHREN WIR UNS? BILDUNG FÜR KOPF UND BAUCH

Seit einiger Zeit steigt die Zahl der Menschen, die Hunger leiden, wieder an: Im Jahr 2020 waren es der UN zufolge 811 Millionen Menschen, 161 Millionen mehr als 2019. Hungersnot, Klimawandel und Verlust an Biodiversität nötigen uns, die Art und Weise, wie wir uns ernähren, viel stärker zu hinterfragen. Das gemeinsame Essen in Schulen, Kitas und Kantinen kann hier eine gute Richtung vorgeben. „Bildung für Kopf und Bauch“ – das ist eine wichtige Aufgabe für einen künftigen Ernährungsrat Stuttgart.

Fotos: Gabriele Munk



zurück
zur
Übersicht

100 und x Tage OB Nopper

Viele neue Chefsachen gibt's im Rathaus – die Prioritären leuchten uns nicht immer ein.

■ Die Corona-Pandemie hat der neuen Stadtspitze den Start im Rathaus nicht leicht gemacht. Bisher schien es auch so, als ob Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper sich verstärkt anderen Themen widmet: Eine Lösung fürs Metropolkino wird gesucht, die Rettung des Hajek-Hauses ange-regt oder die Renaturierung des Nesen-bachs besprochen. Doch mit freundlichen und wohlmeinenden Ansprachen allein ist es nicht getan. Und bisher folgten den Versprechungen des neuen OBs oft nicht die Taten – vielerorts ist die Enttäuschung darüber bereits groß. Besonders die Ein-dämmung des Coronavirus in der Landes-hauptstadt hatte der neue OB schlicht unterschätzt. Spätestens die Vorfälle rund um die Corona-Demonstrationen am Kar-samstag, dem 3. April, haben gezeigt, dass die Bekämpfung der Pandemie Chefsache sein muss.

Gut, dass es im Nachgang zur Querdenker-Demo auf unseren Antrag hin eine öffent-liche Debatte im Rathaus gab. Wir haben den Eindruck, dass der OB den Ernst der Lage inzwischen erkannt hat. Als stärkste Fraktion im Rat werden wir ihn bei allen Maßnahmen, das Virus einzudämmen, unter-stützen und bleiben weiterhin verantwor-tungsvolle Partner für den Wiedereinstieg ins normale Leben.

BEI MOBILITÄTSTHEMEN BRAUCHT'S NOCH ANTRIEB. | Es liegt in der Natur der Sache, dass Frank Nopper als Stuttgarter Oberbürgermeister Mehrheitsentscheidun-gen des Rates vertreten muss, die er selbst vielleicht gerne anders entscheiden würde und im Wahlkampf anders vertreten hat. Dies wurde besonders bei der Diskussion zur Nahverkehrsabgabe deutlich. Hier muss sich der neue OB wohl noch an Großstadt-verhältnisse gewöhnen, denn die Ver-kehrsprobleme im Kessel sind andere als in der Region. Die Landeshauptstadt muss als Vorbild die Zukunftsthemen der Stadt vorantreiben. Wir müssen jetzt handeln, wenn wir unsere Verantwortung gegenüber kommenden Generationen ernst nehmen und die Pariser Klimaziele einhalten wollen. Dazu gehört auch die Förderung klima-

neutraler Mobilität und die damit einher-gehende Reduzierung des Autoverkehrs in der Stadt. Eine Mehrheit des Gemein-de-rates ist sich dieser Verantwortung und der damit verbundenen Veränderungen bewusst und hat sie in Zielbeschlüsse wie „Lebens-werte Innenstadt für alle“, „Fahrradstadt Stuttgart“ oder „Verkehrsflächen der B 14 reduzieren“ gegossen. Gut, dass OB Nopper in diesen Fragen auf der Vorarbeit der ver-gangenen Jahre – wie dem 200-Millionen-Klimapaket – aufbauen kann und wir Grünen gemeinsam mit ihm diese Zukunfts-themen anpacken wollen.

SOLIDARITÄT MIT REGENBOGEN? NICHT MIT NOPPER! | In zahlreichen Begegnungen haben wir OB Nopper als zugewandten und neugierigen Menschen erlebt. Doch erst kürzlich wunderte sich die Mehrheit der Fraktionen im Stuttgarter Gemeinderat nicht schlecht, als sich der OB unserer liberalen, weltoffenen Stadt dagegen entschied, ein deutlich sichtbares Zeichen für Akzeptanz und Gleichberech-tigung zu setzen. Angesichts des EM-Spiels gegen Ungarn und der von der UEFA untersagten Beleuchtung des Münchner Stadions in Regenbogenfarben setzen andere Städte auf Solidarität, indem sie beispielsweise ihre Stadien bunt leuchten ließen. Eine Mehrheit der Gemeinderät-**innen* forderte daraufhin, dass auch das Stuttgarter Rathaus in Regenbogenfarben erstrahlt. Doch Frank Nopper sprach sich dagegen aus. Und begründete dies mit einer fadenscheinigen Erklärung, dass die Entscheidung der UEFA etwas mit „Brücken bilden und Ausrichter vereinen“ zu tun habe. Wir sind der Meinung: Wer für grundlegende Menschenrechte eintritt und sich gegen eine einschränkende Gesetzgebung einsetzt, reißt keine Brücken ein, sondern zementiert vielmehr das Fundament, auf dem diese Union steht. Gerade einer so vielfältigen Stadt wie Stuttgart hätte dieses Zeichen gut zu Gesicht gestanden. Aus diesem Grund haben einige Fraktionen Regenbogenfahnen in ihre Fenster gehängt, um ihre Unter-stützung für Akzeptanz und Gleichberech-tigung auszudrücken.



Guter Antritt: Paternosterfahrt an seinem ersten Tag im Stuttgarter Rathaus. Foto: Leif Piechowski/Stadt Stuttgart

WENIG GROSSTÄDTISCH – NOCH JEDENFALLS | Wir fassen zusammen: In den ersten Monaten seiner Amtszeit wird deutlich, dass sich der neue Oberbürger-meister in seiner Rolle als Oberhaupt einer Großstadt noch finden muss. Versprach Nopper im Wahlkampf, mit OB-Erfahrung und Entschlossenheit für mehr Sicherheit und Ordnung und ein gutes Image für Stuttgart zu sorgen und generell Ökonomie und Ökologie zu versöhnen, zeigt seine negative Haltung zur autofreien Innenstadt und zum Mobilitätspass, aber auch sein Handeln bei der Querdenker-Demo oder bei der Solidaritätsbekundung für LSBITQ-Menschen während der EM, dass Papier geduldig und der Wahlkampf längst vor-über ist.

GERNE WOLLEN WIR DIE GROSSEN ZUKUNFTSAUFGABEN MIT FRANK NOPPER ZUSAMMEN FORTFÜHREN. | Als größte Fraktion im Stuttgarter Rathaus machen wir Grünen uns stark für ein klima-fittes Stuttgart, sorgen für bezahlbaren Wohnraum, haben unsere Kinder und Jugendlichen, Familien und Ältere im Blick und kümmern uns um den reichen Kulturschatz in unserer Stadt. Gerne möchten wir die wichtigen Zukunftsthemen unserer Stadt mit Oberbürgermeister Nopper ge-meinsam fortführen. Am besten an einem Strang ziehend, wenn es aber sein muss, auch in harter Auseinandersetzung.

Andreas Winter

DRAHT ZUM LAND

Büroleiterin der grünen Umweltministerin

■ Auf Gabriele Nuber-Schöllhammer, die bisherige Fraktionsvorsitzende der Grünen im Stuttgarter Gemeinderat, kommen neue Aufgaben zu: Am 1. Juli hat sie die Leitung des Büros von Thekla Walker übernommen, der Ministerin für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg. Gabriele Nuber-Schöllhammer: „Das war eine Anfrage, die ich nicht ausschlagen konnte. Ich freue mich auf die neue, verantwortungsvolle Aufgabe, auch wenn viel Arbeit mit ihr verbunden sein wird und ich mich deswegen künftig nicht mehr im bisherigen Ausmaß im Gemeinderat engagieren kann. Deshalb habe ich mich auch dazu entschieden, mein Amt als Fraktionsvorsitzende abzugeben. Mein Mandat als Gemeinderätin nehme ich als Stimmenkönigin der Gemeinderatswahl 2019 weiterhin wahr, weil ich auch künftig Stuttgart mitgestalten und zukunftsfit machen will.“

Co-Vorsitzender Andreas Winter freut sich für seine Kollegin und sieht auch das Positive an dem Wechsel: „Es ist auf jeden Fall zu begrüßen, wenn Gabriele Nuber-Schöllhammer ihren vollen kommunalpolitischen Erfahrungsschatz aus Stuttgart an einflussreicher Stelle im Ministerium einbringen kann. Ich danke ihr für die bisherige sehr gute Zusammenarbeit im Fraktionsvorsitz und freue mich auf die weitere sehr gute Zusammenarbeit in der Fraktion.“

Die Fraktion der Grünen im Stuttgarter Gemeinderat hat in ihrer Fraktionssitzung vom 8. Juli die Nachfolgerin gewählt.

Redaktion

WECHSEL IM FRAKTIONS-VORSITZ

Petra Rühle zur neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt

Die grüne Fraktion hat Petra Rühle zu ihrer neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Künftig teilen sie und Andreas Winter sich den Vorsitz der größten Fraktion im Stuttgarter Rathaus.

■ 2014 zog Petra Rühle für die Grünen in den Stuttgarter Gemeinderat ein. Ihr Engagement im kulturellen Bereich, für Demokratie und Menschenrechte sowie ihr soziales Engagement brachten sie schon früh zur Kommunalpolitik. Bevor sie in den Gemeinderat gewählt wurde, war sie bis 2014 Bezirksbeirätin in Stuttgart-Ost sowie Kreisvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Stuttgart. Die studierte Historikerin war viele Jahre in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und für Kultureinrichtungen tätig und arbeitet mittlerweile im Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg.

Im Gemeinderat setzt Rühle sich für ein soziales, vielfältiges und weltoffenes Stuttgart und eine Stadt der kurzen Wege und lebendigen Quartiere ein, die es allen Stuttgarter*innen ermöglicht, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Auch die Förderung der Kultur in ihrer ganzen Vielfalt, vom Staatstheater bis zur Freien Szene, und der Film- und Medienstandort Stuttgart liegen ihr am Herzen.

Petra Rühle ist Sprecherin im Ausschuss für Soziales und Gesundheit, Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien, im Internationalen Ausschuss, im Verwaltungsrat Klinikum sowie in verschiedensten Beiräten und Aufsichtsräten im kulturellen Bereich. Neben dem Stadtratsmandat ist Rühle auch anderweitig ehrenamtlich unterwegs: Sie ist unter anderem Mitglied des Vorstands von Wand 5 e.V., Mitglied beim Stadtteilkino e.V., der Katzenhilfe e.V. und im Freundeskreis Forum der Kulturen.

„Ich freue mich sehr über das Vertrauen der Fraktion und die neuen Aufgaben, die mit dem Fraktionsvorsitz jetzt auf mich zukommen. Als gute Teamplayerin freue ich mich schon darauf, in der Doppelspitze der größten Fraktion im Stuttgarter Rathaus an einer lebendigen, nachhaltigen und sozial gerechten Stadtgesellschaft mitzuwirken“, so Rühle.

Co-Vorsitzender Andreas Winter: „Mit Petra Rühle haben wir eine Fraktionsvorsitzende, die Kommunalpolitik von der Pike auf kennt und lebt. Ich freue mich deshalb sehr auf die Zusammenarbeit mit ihr und darauf, dass wir gemeinsam mit der starken Fraktion im Rücken in die anstehenden Haushaltsberatungen starten“, so Winter. Auch ihre Vorgängerin Gabriele Nuber-Schöllhammer ist sich sicher: „Petra Rühle ist tief in der Stuttgarter Kommunalpolitik verwurzelt und im Rathaus bestens vernetzt. Das sind sehr gute Voraussetzungen, um als Fraktionsvorsitzende unsere grünen Themen für unsere Stadt voranzutreiben.“

Redaktion

Ergänzungsstation: wichtig und machbar – die Zukunft nicht verbauen!

Wir bauen eine Bahn-Infrastruktur, die auch im nächsten Jahrhundert noch leistungsfähig genug sein muss. Schon heute zeichnet sich ab, dass die Klimaziele zu einer deutlich höheren Nachfrage im öffentlichen Verkehr führen werden. Die Chance, die Leistungsfähigkeit des Hauptbahnhofs deutlich zu steigern, bietet sich nur jetzt.

■ Stuttgart 21 wird gebaut und gebaut und gebaut ... Die Höhepunkte der Debatte hierüber sind nun schon über zehn Jahre her, genauso wie die Volksabstimmung, bei der wir Grünen dafür gekämpft haben, dass dieses Projekt nicht kommt. Seither ist viel passiert. Das Projekt wird – für uns nicht überraschend – teuer und teurer, aktuell kostet es über acht Milliarden Euro. Später fertig wird es auch, Ende 2025 soll der Tiefbahnhof, Jahre nach der Neubaustrecke Stuttgart–Ulm, in Betrieb gehen. Am Flughafen ist derweil wieder alles offen – der Bund erwägt neue Pläne, die Bahn aber verfolgt die bisherige Planung des Flughafenbahnhofs momentan trotzdem weiter. Klar ist aber heute schon, dass bei Inbetriebnahme des Tiefbahnhofs, so wie er bisher geplant ist, die Gäubahn viel zu lange abgehängt sein wird und vorerst auch nicht mehr in den Hauptbahnhof einfahren würde. Umso wichtiger ist es, dass mit dem Regionalhalt Vaihingen und dem Nordhalt weitere Ergänzungsmaßnahmen kommen werden.

BAHNPOLITIK IST KLIMAPOLITIK.

Die Bahnpolitik hat sich in den langen Jahren der Planung und Bauausführung immerhin in einer Hinsicht erfreulich geändert: Heute wollen Bund und Land mindestens eine Verdopplung des Schienenverkehrs. Mit dem Klimaschutz wird es ernst. Und nur, wenn wir den Schienenverkehr massiv ausweiten, schaffen wir es, unsere Klimaziele zu erreichen. Folgerichtig wird inzwischen viel mehr in den Schienenverkehr investiert. Das Land hat im Koalitionsvertrag Maßnahmen für den „Eisenbahnknoten Stuttgart 2040“ definiert. Hierzu zählt das Nordkreuz, die P-Option, der Erhalt der Panoramabahn und – auch die Ergänzungsstation! Letztere ist die wesentliche Ergänzungsmaßnahme im Knoten Stuttgart, wenn wir es ernst meinen mit dem Klimaschutz!

Wenn wir auch künftig in der Lage sein wollen, die Kapazitäten im Bahnhof Stuttgart weiter zu steigern, brauchen wir Ergänzungen. Die heutige Planung sieht diverse Doppelbelegungen der Gleise vor,

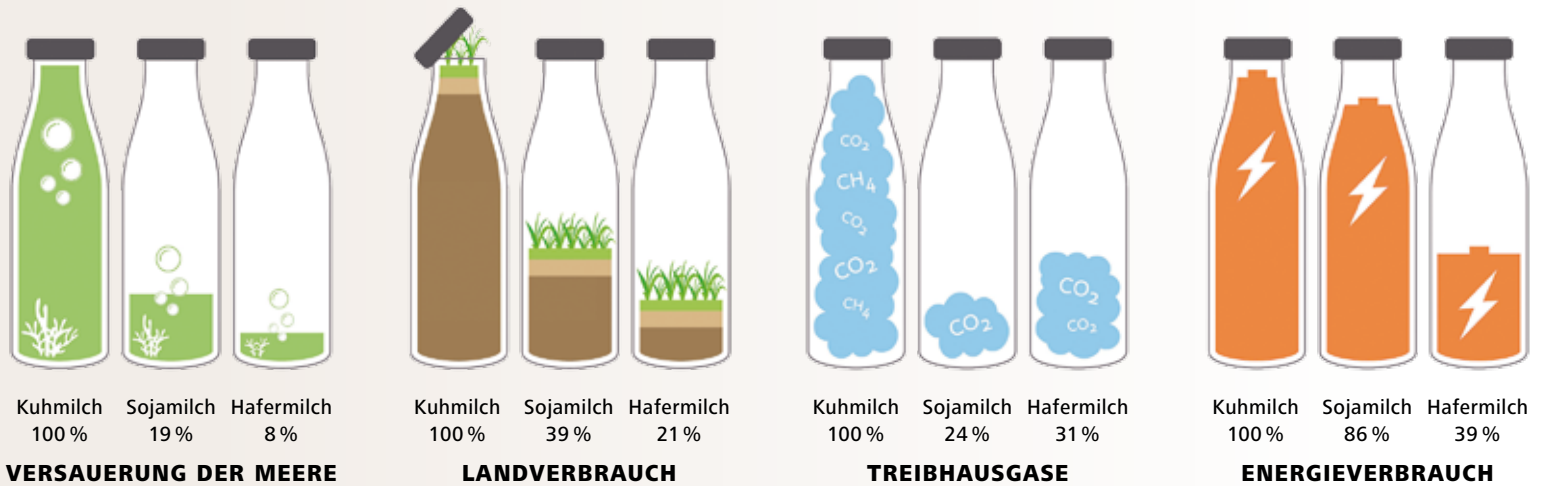
ist somit konzeptionell am Limit und dadurch sowieso fehleranfällig. Deshalb braucht es Ausweichmöglichkeiten für den Regionalverkehr. Und die S-Bahn braucht Wachstumsmöglichkeiten für die völlig überlastete Stammstrecke. Die digitale Schiene wird hier sicher helfen und schafft etwas mehr Kapazitäten. Sie wird auch die Fehleranfälligkeit der S-Bahn von heute um ein gewisses Maß senken und die Pünktlichkeit erhöhen. Wenn wir aber deutlich mehr Angebote schaffen wollen, kommen wir hier trotzdem an die Grenzen. Und eine zweite Stammstrecke für fast vier Milliarden Euro wie in München werden wir längs durch den Kessel nicht bauen können.

JA ZUR ERGÄNZUNGSSTATION!

Die Idee der Ergänzungsstation ist es daher, die bestehenden Schienentrassen – Panoramabahn (die die Mehrheit im Gemeinderat erhalten will), Nordzulauf und Zulauf Bad Cannstatt – in einer ergänzenden Station zu bündeln, in der zusätzliche Zugangebote von S-Bahn und Regionalverkehr in der Nähe des Tiefbahnhofs enden können. Vor Bebauung des Bahnhofsvorfelds besteht die letzte Möglichkeit, hier noch zusätzliche Infrastruktur zu schaffen – danach wird der Bereich unwiderruflich durch Tiefgaragen verbaut sein. Eine neue Bahnhofsinfrastruktur muss für die nächsten 100 Jahre genügen. Das kann und darf nicht zu eng genäht werden. Daher ist es ein Appell an die Vernunft, jetzt Ergänzungsmaßnahmen wenigstens zu prüfen – und unserer Meinung nach auch umzusetzen.

Die bisherigen Ergebnisse der vom Gemeinderat mehrheitlich geforderten Machbarkeitsstudie zur Ergänzungsstation sind aus unserer Sicht vielversprechend. Die Station ist baulich machbar und greift nur minimal in die oberirdische Bebauung ein. Klar müsste nach dem Rückbau der heutigen Gleise in offener Bauweise die neue Station entstehen, und dies kostet Zeit. Die spätere Bebauung allerdings wäre mit lediglich kleinen Einschränkungen in den Tiefgeschossen möglich. Wir finden daher: Lasst uns die Ergänzungsstation weiter vorantreiben.

Gabriele Munk



Grafik: Albert-Schweitzer-Stiftung für unsere Mitwelt, CC BY 4.0

■ KUH- ODER PFLANZENMILCH? SOJA UND HAFER PUNKTEN

Die Umweltwirkung von Kuh- im Vergleich zu Soja- und Hafermilch ist eindeutig: schlecht, und das nicht zu knapp, wie die Flaschen oben zeigen. Ein kalifornischer Thinktank prognostiziert, Kuhmilch sei ein Auslaufmodell und prophezeit einen radikalen Wandel bis 2030. Er stellt fest: „Die industrielle Viehzucht ist weltweit eines der ältesten, größten und ineffizientesten Systeme der Nahrungsmittelproduktion.“ Pflanzenmilch hat enorme Vorteile, was die Klimalast, den Energieverbrauch oder den Düngemittel- und Landbedarf angeht. Geschmacklich kann Pflanzenmilch durchaus mithalten, Laktose-Intoleranz ist kein Thema mehr – kein Wunder, dass sie immer stärker nachgefragt wird. Für die CO₂-Bilanz auf die regionale Herkunft achten!

VERKEHR

Mobilitätspass für Stuttgart – mal wieder bei offenem Fenster schlafen

Mit dem Mobilitätspass wird sie Fahrt aufnehmen: die Verkehrswende weg vom motorisierten Individual-, hin zum öffentlichen Verkehr.

■ INNENSTADT AUTOFREI: GUT FÜRS STADT- WIE FÜRS GLOBALE KLIMA. DER ÖPNV MUSS ATTRAKTIVER WERDEN!

Wir wollen doch alle auch in Zukunft gerne in unserer Stadt leben. In einer Stadt mit hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität, mit einem erträglichen und angenehmen Stadtklima. Und vielleicht mal wieder bei offenem Fenster schlafen oder Kinder auf der Straße spielen lassen. Deswegen arbeiten wir daran, die Innenstadt autofrei zu machen und Lärm, Hitze, Stau in der Stadt zu reduzieren.

Dafür müssen wir bis zum Jahr 2030 die Fahrgastzahlen im öffentlichen Verkehr mindestens verdoppeln. Diese Verkehrswende wäre eine der wirkungsvollsten Klimaschutzmaßnahmen in der Stadt. Für sie müssen attraktive Angebote durch SSB und VVS geschaffen, Strecken neu geplant und Verbindungen verbessert werden. Hierfür braucht der seit Jahren unterfinanzierte ÖPNV eine stabile, dauerhafte und nachhaltige Finanzierung.

Deshalb haben wir 2018 vorgeschlagen, einen Mobilitätspass für Stuttgart einzuführen. Nach einem einfachen Prinzip: Alle, die sich motorisiert – egal ob mit Bus und Bahn oder im eigenen Auto – im Stadtgebiet bewegen, brauchen ein ÖPNV-Ticket. Dieses berechtigt zur Nutzung der Straßen oder zur Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, die Wahl des Mittels ist dabei frei.

Die Vorteile eines solchen Mobilitätspasses liegen für uns auf der Hand: Die Tickets für den ÖPNV werden für alle viel günstiger: Sogar um mehr als die Hälfte. Wer heute ein Jahresticket für zwei Zonen hat, zahlt rund 800 Euro. Mit dem Mobilitätspass je nach Ausgestaltung zum Beispiel nur noch 365 Euro. Damit wäre mehr Geld für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs vorhanden. Menschen, die ohnehin ein Ticket haben, steigen eher um.

Damals, 2018, hat sich die CDU, Koalitionspartnerin der damaligen Landesregierung, diesem Ansinnen versperrt. Immerhin hat aber das Landesverkehrsministerium

ein Gutachten erstellt, das neue Wege zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs aufzeigt. Eine der an der Erstellung des Gutachtens beteiligten Modellkommunen war Stuttgart.

ENDLICH IST DER WEG FREI: | Heute, 2021, nachdem die Wähler*innen die grünen Positionen bei der Landtagswahl eindrucksvoll bestärkt haben, haben sich die Koalitionspartner im „Erneuerungsvertrag für Baden-Württemberg“ darüber verständigt, dass den Kommunen das Recht zugestanden werden soll, auch mit einem Mobilitätspass Einnahmen zu erzielen. Ein großer Schritt ist getan! Wir bleiben dran.

Andreas Winter

SCHUTZ FÜR FRAUEN

Häusliche Gewalt? STOP!

Happy Birthday, Erfolgsmodell: Vor 20 Jahren haben wir STOP ins Leben gerufen, die Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt. Seitdem arbeiten Beratungsstellen und Institutionen aus dem polizeilichen, juristischen und psychosozialen Bereich gemeinsam an einer wirkungsvollen Gewaltintervention und -prävention, koordiniert durch die Stadt Stuttgart. Ein Blick zurück, wie es begann.

■ Körperverletzung, begangen vom eigenen (Ehe-)Partner hinter der Wohnungstüre, ist eine üble Sache. Selbst wenn der Leidensdruck groß ist, steckt man doch im Wechselbad der Gefühle. Anzeige zu erstatten und einen Antrag auf Strafverfolgung zu stellen, halten die wenigsten durch – denn der Täter ist meist auch derjenige, auf dessen finanzielle Unterstützung man angewiesen ist. Und so drehen sich die Beteiligten im Kreis, bis die Flucht ins Frauenhaus ein erster Ausweg ist.

Aber warum eigentlich soll das Opfer flüchten und der Täter darf in der Wohnung bleiben? Und warum eigentlich wird selbst schwere Körperverletzung nicht von Staats wegen verfolgt? Was kann wirklich helfen, damit dem Täter Schranken aufgezeigt und für die Zukunft Verhaltensänderungen ermöglicht werden, sodass die Gewalt gestoppt wird?

In den 1990er-Jahren haben mich diese Fragen als Frauenbewegte stark beschäftigt. Denn Frauen sollten die Angst abschütteln und in Freiheit und Selbstbestimmung leben können. Das Neue an den Überlegungen war, dass der Blick noch stärker auf die Täter gerichtet wurde, weil trotz gut aufgestellter Frauenberatungsstellen der Weg des Opfers allzu oft wieder zurück in den Teufelskreis führte.

Also habe ich 1998 als grüne Stadträtin eine Anhörung mit Expert*innen durchgeführt – Polizei, Staats- und Rechtsanwaltschaft, Frauenberatungsstelle, Psychologin mit Erfahrung im Umgang mit Männergewalt – und das Berliner Modellprojekt gegen häusliche Gewalt als Blaupause zugrunde gelegt. Dann per Gemeinderatsantrag die Verwaltung beauftragt, den Ringschluss aller Akteure zu organisieren.

VIELE HELFENDE HÄNDE – GUT AUF EINANDER ABGESTIMMT | Was folgte, war ein langer Abstimmungsprozess. Jede*r hatte mit Blick auf eine bestimmte Facette der Gesamtproblematik bereits hervorragende Arbeit geleistet, aber zuvor noch nie gemeinsam darüber gesprochen, wie jede einzelne ihrer Maßnahmen mit denen der anderen abgestimmt gehört, sodass sie wie Zahnräder ineinander greifen können. Alle Beteiligten waren jedoch offen für die Vernetzung mit den Vertreter*innen der anderen Professionen. Alle zeigten guten Willen, den Frauen Wiederholungstaten möglichst zu ersparen, indem bei häuslicher Gewalt fortan von Staats wegen ermittelt, der Täter zur Verantwortung gezogen und Anti-Gewalt-Training als Auflage verhängt wird. Männerberatung hat man damals überhaupt erst aus der Taufe gehoben.

Sehr hilfreich war damals das von der rot-grünen Bundesregierung erlassene Gewaltschutzgesetz. Es ermöglichte ab 2002, dass fortan nicht mehr das Opfer, sondern der Täter die gemeinsame Wohnung verlassen muss.



Ein Hearing zu Männergewalt war Titelthema der STADTBLATT-Ausgabe 1/1998. Foto: Redaktion

KEIN KAVALIERSDELIKT. OPFER KÖNNEN AUF BEISTAND VERTRAUEN. | Dass die Stuttgarter Ordnungspartnerschaft nun schon seit 20 Jahren hervorragend funktioniert, ist ein Meilenstein auf dem Weg zur gesellschaftlichen Verankerung der Rechtheinstellung, dass häusliche Gewalt nicht geduldet wird. Und dass sie schon gar kein „Kavaliersdelikt“ ist, wie man diese Straftat einstmals verniedlichend beschrieben hat. Auch wenn häusliche Gewalt nicht ausgemerzt werden konnte, bin ich doch froh, dass sich heutzutage mehr Frauen trauen, über ihre Gewalterfahrungen zu sprechen. Schlicht aus dem Grund, weil sie die Sicherheit haben, dass sie in diesem Staat und in dieser Stadt auf Beistand vertrauen und sich auf klare Verhältnisse verlassen können.

Silvia Fischer

Die Stadt frauenfreundlich machen

Stadtplaner waren und sind in der Regel männlich, sie haben – egal ob es um Verkehrsplanung geht oder ums Gestalten von Plätzen, Sport- und Freizeitanlagen – vorrangig die Interessen von Männern im Blick. Wird Zeit, dass sich das ändert!

■ Städte sind von Männern für Männer gemacht. Ihre Straßenplanung orientiert sich am berufstätigen Mann, der mit dem Auto zur Arbeit fährt. Davon profitieren auch Frauen, die mit dem Auto zur Arbeit fahren, aber sie sind eine Minderheit. Auch Stadtbahnen und Busverbindungen orientieren sich an den Bedürfnissen arbeitender Männer in einem Tagesjob. Alle Straßen, alle Ampelschaltungen sind für die wenigen Stunden Berufsverkehr morgens und abends optimiert. Bahn- und Busfahrpläne auch. Schichtarbeiter*innen brauchen ein Auto oder Fahrrad, weil die Bahnen nachts nicht fahren. Und gerade die eher schlecht bezahlten Schicht-Jobs, etwa in der Krankenpflege, erledigen mehrheitlich Frauen. Sie würden gerne auf ein Auto verzichten, weil es ihr Leben noch teurer macht.

LASTENRAD? PERFEKT FÜR WEGEKETTEN. BLÖD NUR, DASS OMA NICHT EINSTEIGEN WILL. | Für Menschen mit Kindern und Kinderwagen taugt unsere Stadt auch nicht. Stadtbahn-Haltestellen können nur über Treppen oder einen Umweg zum Fahrstuhl erreicht werden. Wenn eine Mutter (oder ein Vater, aber das ist seltener) die Kleinsten zu zwei verschiedenen Kitas und die Älteste zur Grundschule bringen muss, ist das ohne Auto fast nicht zu machen. Sich mit kleinen Kindern in eine volle Bahn zu quetschen, ist für kleine Menschen im Gedrängel beängstigend. Auch das Lastenrad kommt bei drei Kindern an seine Grenzen, wenn auch der Rundkurs schneller zu bewältigen ist. Die Wege der Frauen, die immer noch mehrheitlich mit der Familien-Care-Arbeit beschäftigt sind, sind aber noch viel komplexer. Während in der Mehrheit die Männer mit Autos, Bahnen oder Fahrrädern von zu Hause zur Arbeit fahren und abends zurück, absolvieren sehr viele Frauen Wegeketten: Kita, Schule, Arbeit, Opa zum Arzt begleiten, einkaufen, dann wieder Kinder abholen, daheim was kochen, Kinder zum Sport oder Musikunterricht bringen, und das mit mindestens drei Taschen. Und die Oma steigt bestimmt nicht ins Lastenrad.

In Stuttgart haben wir außerdem ein Bahnnetz, das von den Rändern sternförmig in den Kessel führt. Bei Tangentialverbindungen muss man mehrmals umsteigen. Und in die kleinen Verästelungen eines Stadtteils kommt man nur mit dem Bus. Wenn der sonntags nicht fährt, wird es für die Großmutter, die zum Enkel will, kompliziert. Und nicht alle können Fahrrad fahren.

ÖFFENTLICHER RAUM MUSS SICHER, SCHÖN UND BEQUEM FÜR ALLE SEIN! | Die Bedürfnisse von Frauen (vom Mädchen bis zur Seniorin) in einer Stadt werden selten berücksichtigt. Es gibt auch nur wenige Daten dazu. Untersuchungen aus anderen Ländern zeigen: Frauen haben Angst in Bahnen – umso mehr, je später der Abend, je leerer die Bahn und je weiter draußen die Haltestelle, und das leider nicht grundlos. Sie haben Angst vor Ansammlungen von Männern in Parks und auf Plätzen. Männergruppen sind lauter als Frauengruppen, und sie dominieren ihre Umgebung. Junge Frauen würden auch gerne eine Kletterwand oder eine Calisthenics-Anlage nutzen, aber nicht, wenn (junge) Männer ihnen zuschauen und lautstark Bemerkungen machen. Die meisten jungen Frauen bleiben solchen

öffentlichen Sportanlagen fern. Sie brauchen niederschwellige Sporträume für sich allein, um sich auszuprobieren.

Viele von uns Frauen sind sich dieser leisen Grundangst in der Öffentlichkeit nicht mehr bewusst, wir haben schließlich über Jahrzehnte gelernt, uns so zu bewegen, dass wir Angstsituationen meiden: Lieber über die Stadtautobahn rennen als die Unterführung nehmen, lieber Umwege radeln als über die einsame Waldstrecke, den Party-Park umgehen oder gleich den privaten Schutzpanzer namens Auto nehmen. Das muss sich ändern, finden wir Grünen. In unserer Stadt müssen sich alle wohl und sicher fühlen. Deshalb müssen wir und unsere Stadtplaner*innen lernen, den öffentlichen Raum mit weiblichen Augen zu sehen und ihn so zu organisieren, dass er sicher, schön und bequem für alle ist. Denn in einer Stadt, in der sich Frauen wohl fühlen, fühlen sich auch Männer wohler. Und wo alle gerne zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind, wird auch noch CO₂ eingespart.

Christine Lehmann



Lieber über die B 14 rennen als etwa diese Unterführung nehmen. Foto: Redaktion

Über Angsträume oder: Warum ich nicht alleine in den Wald gehe

In Stuttgart gibt es viele Orte, an denen Frauen sich nicht sicher fühlen. Jetzt geht es darum, diese „Unwohlühl-Orte“ ausfindig zu machen. Der nächste Schritt wird sein, sie neu zu gestalten – aus weiblicher Perspektive, gemäß dem „Gender Planning“.

■ Unsere Tage sind voller Entscheidungen: Aufstehen oder weiterschlämmern? Sport machen oder gleich auf die Couch? Einkaufen jetzt oder erst morgen? Jede*r von uns stellt sich im Laufe des Tages Fragen dieser Art. Es gibt aber auch eine Menge Fragen, die sich nicht alle Menschen stellen (müssen): Steige ich zu diesem Mann in den Aufzug ein – oder warte ich lieber auf den nächsten? Wechsle ich die Straßenseite, um an dieser Männergruppe nicht vorbeigehen zu müssen? Gehe ich nach Hause, wenn ich keine Lust mehr auf die Party habe, oder warte ich, bis mich jemand begleiten kann?

ANGSTHASE? ES GEHT AUCH UM DIE UNTERSTELLUNG EINER MITSCHULD, UM RESPEKT UND UM TOXISCHE MÄNNLICHKEIT. | Sich diese Fragen *nicht* stellen zu müssen, ist ein Privileg – doch die meisten, die in den Genuss dieses Privilegs kommen, sind sich dessen nicht einmal bewusst. Einer meiner besten Freunde war neulich sehr überrascht, als ich sagte, ich würde niemals alleine in den Wald gehen – nicht mal tagsüber. Mein Mann wundert sich regelmäßig, warum ich bei Dunkelheit schneller nach Hause laufe oder die Straße unbedingt wechseln will, wenn uns laute Männergruppen entgegenkommen. Vielleicht bin ich ein Angsthase?! Doch eine kurze Recherche zeigt, dass Frauen auf der ganzen Welt ähnliche Situationen meiden und ähnliche Strategien entwickeln, um sich vor Männern zu schützen. Seit der Kindheit „weiß“ nämlich jede Frau, dass sie ihr Getränk nicht unbeobachtet stehen lassen darf (K.-o.-Tropfen), sich nicht zu reizend anziehen darf, nicht den Heimweg durch den Park abkürzen darf, nicht zu viel trinken darf und sooo (!) viel mehr. Die implizite Unterstellung dabei ist: Sollte der Frau etwas Böses zustoßen, wäre sie selbst schuld daran.

Warum schicken wir junge Frauen in Selbstverteidigungskurse, anstatt jungen Männer zu erklären, was toxische Männlichkeit ist und wie ein respektvoller Umgang mit Frauen (oder gar Menschen) aussieht?

DREH- UND ANGELPUNKT IST DAS SICHERHEITSGEFÜHL. | Klar – nicht alle Männer sind bedrohlich. Es sind aber genug, um sich als Frau* im öffentlichen Raum unsicher zu fühlen. Die Ergebnisse einer Umfrage des Jugendrats im Stuttgarter Westen unter jungen Frauen haben vor Kurzem für Schlagzeilen gesorgt. Ich persönlich war nicht wirklich überrascht, denn die Orte, an denen sich die befragten Mädchen unwohl fühlen, meide ich in der Nacht selbst. Und nun? Der erste Schritt ist getan – die Stadtgesellschaft hat erkannt, dass wir ein Problem in Stuttgart haben. Jetzt müssen Lösungen her – und „abends früher nach Hause gehen“ ist überhaupt nicht akzeptabel. Denn der öffentliche Raum gehört uns allen, und alle müssen ihn gleichermaßen nutzen können. Dabei ist das Sicherheitsgefühl unentbehrlich, denn wenn ich mich draußen nicht sicher fühle, dann möchte ich dort auch nicht sein.

IM HERBST: UMFRAGE ÜBER DAS STÄDTISCHE BETEILIGUNGSPORTAL. BITTE MITMACHEN! | Deshalb haben wir die Stadtverwaltung aufgefordert, die sogenannten Angsträume in der Stadt zu finden und sie umzugestalten – und es ist schon einiges auf dem Weg! Für Herbst ist eine Umfrage über das städtische Beteiligungsportal geplant, um die problematischen Orte zu identifizieren. Das Portal findet man im Internet unter der Adresse www.stuttgart-meine-stadt.de – dort dann das Stichwort „Angsträume“ ins Suchfeld eingeben.

Sobald wir eine Übersicht über die Orte haben, können wir auch entscheiden, welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden sollen, um das Sicherheitsgefühl zu erhöhen. Meistens helfen bereits kleine Eingriffe wie eine gute Beleuchtung, Rückschnitt von Gebüsch und eine ansprechende Gestaltung des Orts. Wer sich mit der Gestaltung von öffentlichen Orten für alle, gleich welchen Geschlechts, gerne vertieft auseinandersetzen möchte, kann einfach mal „Gender Planning“ googeln. Kurz gesagt geht es dabei darum, die Grundsätze von Gender Mainstreaming auch in der Stadtplanung zu berücksichtigen und anzuwenden.

Die Stadt Stuttgart hat sich dank unseres Antrags auf den Weg gemacht – ich bin gespannt auf die Ergebnisse und die Veränderungen, die im Stadtbild sichtbar sein sollten. Denn persönlich wünsche ich mir keine „sicheren Räume“ für Frauen, abgetrennt und isoliert von den anderen. Frauen – nein: alle Menschen! – müssen überall und an jedem Ort sicher sein. Dies zu gewährleisten, ist allerdings nicht nur eine städtische, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb: Seid Verbündete, be an ally! Auf geht's!

Jitka Sklenářová



Ausgerollt als Teil der Digitalisierungsstrategie „Digital MoveS“: Alle Mitarbeiter*innen sollen den gleichen Bildschirm sehen. Foto: Redaktion



DIGITAL MOVES

Digitale Verwaltung ist Daseinsvorsorge

Stuttgart muss die Smart City Deutschlands werden. Die Spitze der Stadtverwaltung wird nicht müde, das zu betonen. Der Nachholbedarf ist groß, der Investitionsstau gewaltig.

■ CYBERSICHERHEIT, DIGITALISIERTE UNTERLAGEN UND VIRTUELLE BÜRGERBÜROS | Im aktuellen Doppelhaushalt haben wir knapp 100 neue Stellen allein an „Digital Movern“ eingestellt, die die städtische Digitalstrategie „Digital MoveS – Mensch – Prozess – IT“ umsetzen sollen. Es gibt viele verschiedene Baustellen. Offensichtliche, wie dass wir weiterhin bei den allermeisten alltäglichen Behördengängen darauf angewiesen sind, persönlich im Bürgerbüro zu erscheinen, und weniger offensichtliche, wie dass wir bei der Cybersecurity und unserer IT-Sicherheitsinfrastruktur vor großen Aufgaben stehen. Auch Kleinigkeiten, die wir Stadträt*innen seit vielen Jahren fordern – wie beispielsweise die unterlagen- und damit papierintensive Ratsarbeit zu digitalisieren –, gehen nur in gefühlten Trippelschritten voran. Mittlerweile bekommen wir immerhin die Anträge der Fraktionen digital und nicht mehr auf Papier zugestellt. Für alle anderen Sitzungsunterlagen müssen weiter enorme Mengen an Papier (immerhin aus Altpapier) bereitgehalten werden.

Klar, die Prozesse einer jahrzehntelang eingespielten großen Stadtverwaltung wie in Stuttgart neu zu konzeptionieren und zu etablieren, das ist keine Aufgabe, die sich innerhalb weniger Jahre mit einem Fingerschnipsen lösen lässt. Dennoch läuten, spätestens seit den pandemischen Herausforderungen mit Kontaktbeschränkung im

täglichen Leben, die Alarmglocken: Auch nach einem Jahr Pandemie finden die allermeisten Sitzungen der kommunalen Gremien in Präsenz statt oder fallen einfach aus – von der Vollversammlung des Stuttgarter Gemeinderats bis zu den Bezirksbeiräten. Es gibt tolle Beispiele aus den Bezirken, wie sich digitale Sitzungen hervorragend organisieren und technisch einwandfrei durchführen lassen, aber leider hängt es oft sehr vom Engagement der örtlichen Bezirksvorsteher*innen und einzelner Bezirksbeiratsmitglieder ab.

VIDEOKONFERENZEN? JURISTISCHES KLEIN-KLEIN! | Wir haben in mehreren Anträgen die Notwendigkeit digitaler Rats- und Gremienarbeit betont. Die technischen Voraussetzungen stehen zur Verfügung, eine eigene datenschutzkonforme Videokonferenzplattform wurde aufgesetzt. Leider ist ihre Anwendung immer noch nicht die Regel, trotz vehementer Forderungen aus dem Rat.

Inbesondere in Bezug auf die beschließenden Ausschüsse und die Vollversammlung des Gemeinderats verliert sich die Stadtspitze im juristischen Klein-Klein der Rechtsgrundlage. Der Landtag von Baden-Württemberg hat in der Gemeindeordnung die Möglichkeit geschaffen, Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit der Gremiumsmitglieder durchzuführen, allerdings nur, wenn „die Sitzung andernfalls aus schwerwiegenden Gründen nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden könnte“. Und genau da liegt jetzt der Hase im Pfeffer. Laut Bürgermeisterei sei nicht klar geregelt, dass die Corona-Pandemie einen solch schwerwiegenden Grund darstellt, obwohl Naturkatastrophen als Grund explizit aufgeführt

sind und der Landtag die Pandemie als solche klassifiziert hat, um die Schuldenbremse auszusetzen – und obwohl die Regelung allein wegen der Pandemie eingeführt wurde! Deshalb seien digitale Sitzungen im Zweifel rechtswidrig und die Beschlüsse anfechtbar. Wir haben die Regelung zwar in die neue Hauptsatzung der Stadt übernommen, aber aufgrund dieser Auslegung wird konsequent weiter an Präsenzsitzungen mit Maske und Abstand festgehalten. Wir wünschen uns hier deutlich mehr Mut und Kreativität, indem zum Beispiel wenigstens nur die rechtlich „harten“ Beschlüsse (wie Satzungsbeschlüsse) in Präsenzsitzungen gefasst und die Beratungen wie alle „heilbaren“ Vorgänge ins Digitale verlegt würden. Die Stadtverwaltung stuft die absolute Rechtssicherheit leider als wesentlich wichtiger ein als den maximalen Gesundheitsschutz in Sitzungen. Darunter leidet das kommunalpolitische Leben in unserer Stadt schon viel zu lange. Eine digitale Verwaltung ist kein modernes Sternchen, eine digitale Verwaltung gehört zur grundlegenden öffentlichen Daseinsvorsorge im 21. Jahrhundert.

Florian Pitschel



Kulturlandschaft Streuobstwiese



Sie ist als wertvoll anerkannt – und braucht dringend konkrete Hilfe.

■ Weit müssen wir meist nicht gehen in Stuttgart, schon stehen wir vor einer Streuobstwiese. Sie hat eine hohe ökologische Bedeutung fürs Kleinklima, für Boden und Wasser und bietet Lebensraum für etliche Tier- und Pflanzenarten – bis zu 5.000 pro Wiese. Die UNESCO hat das Anfang 2021 anerkannt und die Streuobstwiesen ins Verzeichnis des Deutschen Immateriellen Kulturerbes aufgenommen. Und auch auf Bundesebene soll ihr Erhalt gesichert werden: mit dem Status eines geschützten Biotops im Bundesnaturschutzgesetz.

Auf Initiative der grünen Gemeinderatsfraktion hat die Stadt Stuttgart schon 2018 ein Artenschutzkonzept entwickelt, um dem Verlust der Artenvielfalt entgegenzuwirken. Hier sind auch der Schutz und Erhalt der Streuobstwiesen fest verankert, samt konkreter Maßnahmen: Ein angepasstes Mahdregime, das kontinuierliche Nachpflanzen heimischer Obstgehölze und eine stetige geeignete Pflege. Um das umsetzen zu können, haben wir Grünen in der letzten Haushaltsperiode die Erarbeitung einer Konzeption zur Pflege und Erhaltung der Stuttgarter Streuobstwiesen, eine Erhöhung der Fördermittel um 100.000 Euro pro Jahr und die Schaffung einer Stelle beantragt.

SCHWERE ZEITEN | Der Klimawandel und die damit verbundenen Trockenperioden, die Überalterung des Baumbestandes, wachsender Schädlingsbefall und der massive Zuwachs von Misteln, die sich nun auch auf Birnbäume ausdehnen, haben den Zustand der Streuobstwiesen noch mehr gefährdet. Für viele private Wiesenbesitzer*innen sind Pflege und Erhalt oft nicht im erforderlichen Maße möglich. Deshalb bleiben wir dran und setzen uns für die Umsetzung des Stuttgarter Artenschutzkonzepts und den Erhalt der Streuobstwiesen ein. Wir alle können das als Verbraucher*innen konkret unterstützen, indem wir Produkte der Streuobstwiesen nachfragen und kaufen. | **VIELLEICHT SEHEN WIR UNS AUF EINEN STREU-OBSTWIESEN-APFELSAFT?**

Marina Silverii



Klares Statement am Infostand. Foto: privat

sieren und die notwendige Hygiene-Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Die Freiwilligen bauten Handwasch-Stationen auf, die von Geflüchteten betreut werden, führten eine Schulung in Hygienefragen durch und organisierten eine Sammel- und Ausgabestation für Atemschutzmasken, um die Verbreitung des Virus im Camp aufzuhalten. Das Projekt „Babyboxes und Stillberatung“ war an Schwangere und Frauen mit Neugeborenen und Kleinkindern gerichtet. Um sie zu empowern und weiterzubilden, haben die Projektpartner*innen eine Stillberatung angeboten, ein Stillzelt eingerichtet und die Mütter mit Kleidung, Decken und Utensilien für Neugeborene ausgestattet.

WEITERE PROJEKTE FÜR EIN STARKES EUROPA GESUCHT | Sie kennen ein europäisches Projekt in Stuttgart, das für eine solche Förderung geeignet wäre? Sprechen Sie mich gerne an oder schreiben Sie mir eine E-Mail: jitka.sklenarova@stuttgart.de.

Jitka Sklenářová

EUROPA

Wir I(i)eben Europa

■ Europa ist nicht nur ein Wirtschaftsraum, sondern ein wichtiges Friedens- und Kulturprojekt. Um die europäische Idee erfolgreich am Leben zu halten, braucht es kulturellen Austausch, gemeinsame Projektarbeit, Bildungsreisen und vieles mehr. So entstehen Verflechtungen auf der menschlichen Ebene, die gegenseitiges Verständnis fördern und für Solidarität und gemeinsame Verantwortung sorgen. Diesen Weg wollen wir auch als Stadt gehen und haben deshalb 2017 im Haushalt eine Förderung für kommunale Projekte mit europäischen Partner*innen beantragt und durchgesetzt. Dies ist im Sinne der „Agenda 2030“, denn es gehört zu den Nachhaltigkeitszielen, internationale Partnerschaften und Kooperationen auszubauen.

FÖRDERPROGRAMME UND HILFS-PROJEKTE GESTARTET | Das Programm „Stärkung Europas“ startete 2018, es ist mit einem jährlichen Budget von 50.000 Euro unterfüttert. Die Abteilung für Außenbeziehungen sucht und fördert Projekte von Stuttgarter Organisationen, die die Stärkung von Menschen in und aus Südosteuropa anstreben.

2020 konnten unter anderem zwei Projekte des Stuttgarter Vereins Just Human e. V. und der Starfish Foundation auf Lesbos gefördert werden, die den Geflüchteten auf der griechischen Insel zugutekamen. Das Ziel des Projekts „SafeHands“ war es, die Bewohner*innen des Flüchtlingslagers Kara Tepe für die Corona-Pandemie zu sensibili-

Übermöbliert?

Neukonzeption der Werbung im öffentlichen Straßenraum: mit Werbebeirat!

■ **ES GEHT NICHT NUR UM LITFASSÄULEN ...** | Bereits 2015 haben wir in einem interfraktionellen Antrag seit Jahren bekannte, in gegenwärtigen Verträgen nicht zufriedenstellend geregelte Vereinbarungen thematisiert und Verbesserungen angeregt. Bei der jetzt auf der Tagesordnung stehenden „Neukonzeption der Werbung im öffentlichen Straßenraum“ wollten wir uns daher folgerichtig nicht damit begnügen, die Anzahl der Litfaßsäulen und der Werbetafeln an Gehwegabschrankungen zu regeln. Mit der Neukonzeption verbinden wir die Chance, neue Möglichkeiten, die sich aus der Digitalisierung ergeben, so zu nutzen, dass sie nicht nur kommerziellen, sondern auch kulturellen, dem Gemeinwohl dienenden oder identitätsstiftenden Angeboten zugute kommen und dadurch beitragen, ein attraktives städtisches Leben zu fördern. Etwa über eine städtische Kampagne zum Klimaschutz, die Veröffentlichung der aktuellen Inzidenzzahlen, Eilmeldungen und vieles mehr.

Wir haben dabei im Blick, dass vor allem Veranstaltungsbetriebe, Clubs und Kultureinrichtungen, Gastronomie und Einzelhandel bevorzugt auf die frequentierten Innenstadtbereiche setzen und gerade auch beim Corona-Neustart Unterstützung brauchen. Die Bezahlbarkeit für geförderte und kommerzielle Kulturveranstalter muss gewährleistet sein. Und selbstverständlich wollen wir weder, dass der öffentliche Raum „übermöbliert“, noch dass die Verkehrssicherheit beeinträchtigt wird. Wir haben daher unter anderem beantragt, dass die Stadt Stuttgart nach dem Vorbild von Städten wie München, Wuppertal oder Magdeburg einen Werbebeirat einrichtet.

... **ABER AUCH UM LITFASSÄULEN** |

Und die bisher 620 Litfaßsäulen werden beibehalten, bis zu 30 weitere Standorte können ausgewiesen werden. Litfaßsäulen werden ausschließlich für kostengünstige Ankündigungen von Kultur-, Sport-, städtischen und Vereinsveranstaltungen genutzt.

Andreas Winter



Die Waggons am Nordbahnhof ziehen um. Grafik: Matthias Knoeller

FREIRÄUME

Ein Leben ohne Kultur ist möglich, aber sinnlos

■ Schon im November 2020 haben wir einen Antrag unter dem Titel „Stillstand in der Clubkultur – jetzt schon an nächstes Jahr denken“ eingebracht, woraufhin viele Flächen im Stadtgebiet untersucht wurden, die sich für coronakonforme Veranstaltungen im Sommer 2021 eignen könnten. Abends und nachts sind es vor allem junge Menschen aus Stuttgart und der Umgebung, die den öffentlichen Raum nutzen. Nach vielen Monaten des Corona-Lockdowns haben wir großes Verständnis für das Verlangen, endlich wieder Zeit mit Freund*innen zu verbringen.

Schon seit einiger Zeit haben sich öffentliche Plätze herauskristallisiert, die besonders stark frequentiert werden. Dazu zählen Feuersee, Marienplatz, Max-Eyth-See, der Killesbergpark und die Flächen rund um den Schlossplatz. Wir wollen die Konflikte mit den Anwohner*innen entschärfen. Es braucht Plätze für junge Menschen in der Nacht, die nicht von Wohngebieten umgeben sind. Zugleich wollen wir Naherholungsgebiete wie den Feuer- oder den Max-Eyth-See vor Vermüllung schützen.

FREIFLÄCHEN FÜR CLUBS UND KULTUR | Auch wir haben uns nach (Club-) Kultur lange gesehen. Auf unseren Antrag und mithilfe des Club Kollektiv Stuttgart e.V. sowie des neu gekürten Nachtmanagers Nils Runge wurden das Eiermann-Areal in Vaihingen und der Kleine Schlossplatz für

Clubveranstaltungen hergerichtet. Stuttgarter Clubbetreiber*innen können sich darum bewerben, die Freiflächen zu bespielen. Aus dem AK Musik heraus, dem Zusammenschluss der Musikszene Stuttgarts, ist in Zusammenarbeit mit uns eine Bühne im Innenhof des Alten Schlosses für coronakonforme Kulturveranstaltungen entstanden, die von einem großen Stuttgarter Konzertveranstalter betrieben wird. Der Gemeinderat stellte 500.000 Euro für die Infrastruktur bereit.

WAGGONS AM NORDBAHNHOF ERHALTEN! | Auch an anderer Stelle geht es voran. Die Vorbereitungen für das C1-Areal im künftigen Rosensteinquartier in S-Nord laufen heiß – mit den Wagenhallen als Anker. Wichtige Off-Kultureinrichtungen müssen für die Baustelle verlegt werden. Mit einem überfraktionellen Antrag haben wir politische Unterstützung für den Erhalt des Urban-Gardening-Projekts Stadtacker, den Bauzug 3YG (Waggons) und Contain't signalisiert. Alle drei Institutionen der freien Szene sind auf einem guten Weg, Ausweichquartiere zu finden. Während der Stadtacker wohl neben dem Pragfriedhof unterkommt, ziehen die Waggons auf ein Nachbargelände am S-Bahn-Halt Nordbahnhof. Noch wird geprüft, ob Contain't im Alten Reitstadion am Neckar unterkommen kann.

Marcel Roth



Die Tage des Einwegplastiks sind gezählt!

Kaum jemand hat sich im vergangenen Jahr kein einziges Mal ein Essen nach Hause liefern lassen. Und gerne haben wir vor Ort zum Mitnehmen bestellt. „Support your locals“, lautete das Motto. Wir griffen zu To-Go-Lösungen, um unsere Lieblingslokale und -cafés während der Pandemie am Leben zu halten. Doch die Menge des Verpackungsmülls lag hierzulande bereits vor Corona bei 227,5 Kilogramm pro Kopf und Jahr, Tendenz steigend. Jetzt muss das Motto schleunigst heißen: Runter vom Plastik! Wir wollen ein Mehrwegsystem für Stuttgart – und die Landeshauptstadt zur Vorreiterin machen.

■ In Europa bildet Deutschland ein trauriges Schlusslicht, was die Müllvermeidung angeht. Dieser Trend hat sich seit 2020 weiter verstärkt. Dabei sind die Müllberge eine Katastrophe für das Klima und auch für den öffentlichen Raum. Die Europäische Union hat das Problem erkannt und steuert gegen. So dürfen seit dem 3. Juli im europäischen Raum keine Einwegprodukte aus Plastik mehr produziert werden (die Restbestände darf man allerdings verbrauchen, wundert euch also nicht, falls ihr die Teile noch eine Weile im Handel seht). Diese EU-Regelung betrifft beschichtete Produkte wie Pappbecher oder -teller, Plastikbesteck, Trinkhalme und ähnliches. Die Große Koalition in Berlin hat leider weder ehrgeizige Ziele, noch ein Gesamtkonzept für eine Kreislaufwirtschaft vorgestellt und setzt bei der Vermeidung von Müll vor allem auf Freiwilligkeit: Die Verpackungsgesetznovelle verpflichtet die Gastro-Betriebe lediglich dazu, den Kund*innen ab dem Jahr 2023 To-Go-Becher und -Essensverpackungen auch in einer Mehrwegvariante anzubieten.

Als die stärkste Rathausfraktion machen wir das Beste draus und setzen genau hier an: Wir wollen der Stuttgarter Gastronomie rechtzeitig unter die Arme greifen, damit sie den Umstieg zum Mehrweggeschirr meistert. Dabei sehen wir die Landeshauptstadt in der Pflicht: Stuttgart soll Vorreiterin sein! Wir wollen heute schon Konzepte für einen konzertierten Einstieg in ein Mehrwegsystem entwickeln und die pandemiegebeutelte Gastronomie auf ihrem Weg in

eine klimafreundlichere Zukunft ohne unnötigen Verpackungsmüll unterstützen. Deshalb fordern wir ein Mehrwegsystem für Stuttgart!

KREISLAUFWIRTSCHAFT: WEG VON DER WEGWERFGESELLSCHAFT | Anfang 2021 haben wir einen Antrag gestellt, in dem wir die Stadtverwaltung auffordern, ein Konzept zur Einführung eines Mehrweggeschirr-Systems auszuarbeiten und zur Ausschreibung zu bringen. An Erfahrungen auf diesem Feld mangelt es nicht – aus einer Ausschreibung für ein Mehrwegbecher-System ging vor einigen Jahren der „reCup“ als Gewinnerprojekt hervor. Mit dessen Einführung im Herbst 2019 ist die städtische Wirtschaftsförderung ins Mehrweggeschirr-Geschäft erfolgreich eingestiegen. Auf diese Erfahrungen wollen wir zurückgreifen und ein Pfandgeschirr-System für Stuttgart finden, bevor sich die Gastronom*innen einzeln auf den Weg machen müssen.

Trotz aller unserer Bemühungen auf der kommunalen Ebene ist klar, dass es einen bundesweiten, verbindlichen Rechtsrahmen braucht, um umweltschädliche Wegwerfprodukte unattraktiv zu machen und Mehrweglösungen zu fördern. Ein gesetzlicher Vorrang für Mehrweg vor Einweg wäre überall dort sinnig, wo es ökologisch vorteilhaft ist: nicht nur beim To-Go-Geschirr, sondern auch bei Versandverpackungen oder Verpackungen im Supermarkt. Für uns Verbraucher*innen muss es sich einfach lohnen, ein Curry lieber in einer Mehrwegschüssel zu bestellen. Eine gesetzliche Klarstellung, dass Mehrweg immer das günstigste Angebot sein muss, könnte sogar helfen, den deutschen Verbrauch von rund einer Milliarde To-Go-Bechern pro Jahr bis 2030 zu halbieren.

Auf dem Markt sind bereits einige junge Unternehmen unterwegs, die innovative Pfandlösungen anbieten. Diese Geschäftsmodelle gilt es zu unterstützen und so die Kreislaufwirtschaft zu fördern. Diesen Weg wollen wir in Stuttgart so bald wie möglich gehen: mit Mehrweg statt To-Go-Müll!

Jitka Sklenářová

Dich kenn' ich doch ... – dank „reCup“ ist die Stadt Stuttgart schon mit einem Mehrwegsystem vertraut. Katzenvideo? Unter www.lust-auf-stadt.de. Fotos: privat





Das „Stuttgarter Rechteck“ hält die Gehwege frei. Foto: Redaktion

STUTTGARTER RECHTECK

Platz auf Gehwegen!

■ PARKSCHEINAUTOMATEN UND E-LADESÄULEN AUF DIE STRASSE!

Neu beim Parkraummanagement ist, dass Parkscheinautomaten zum ersten Mal auf der Straße installiert wurden. Bei den bisherigen Bewirtschaftungszonen gab es immer wieder Beschwerden, dass Automaten mitten auf den Gehwegen standen, weit weg von Hauswand oder Straße. Der knappe Platz auf den Gehwegen wurde somit weiter eingengt. Dies haben wir immer wieder kritisiert und gefordert, dass die Automaten dort aufgebaut werden, wo sie Fußgänger*innen nicht behindern – etwa nah an Baumbeten, neben Stromkästen oder bei Engstellen auf der Straße.

GEHT DOCH. | Wie, zeigt die Stadt nun bei der neuen Stufe des Parkraummanagements. Wie bei den Ladesäulen (bei diesen hatte der Gemeinderat mehrheitlich beschlossen, dass sie dort, wo die Mindestbreiten auf Gehwegen nicht eingehalten werden können, zwingend auf die Straße kommen) werden kleine Gehwegnasen auf Parkplätzen eingerichtet. Neben dieser Möglichkeit gibt es seit Mai auch endlich das „Stuttgarter Rechteck“. Hier werden Ladesäulen, Schilder (etwa für Carsharing-Autos), aber auch Fahrradbügel gebündelt auf einem Parkplatz angebracht und somit der Gehweg entrümpelt. Wir sagen „weiter so!“ und wünschen uns mehr davon.

Björn Peterhoff

PARKRAUMMANAGEMENT

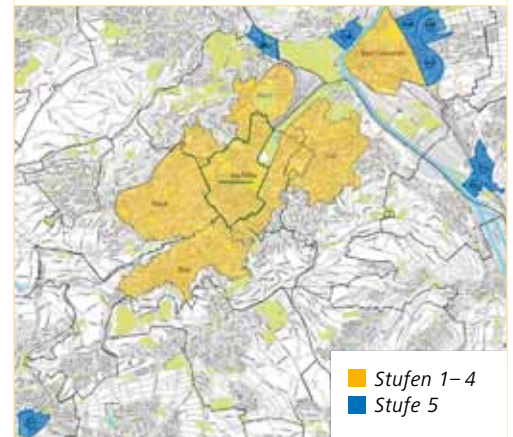
Ein Erfolgsmodell – jetzt noch stärker ausgeweitet

■ DAS STUTTGARTER PARKRAUMMANAGEMENT ERKLIMMT STUFE 5.

Die Erfolgsgeschichte des Parkraummanagements (PRM) der Stadt Stuttgart geht weiter. Vor zehn Jahren wurde es zuerst pilotweise im dicht besiedelten Stuttgarter Westen eingeführt und war politisch noch stark umstritten. Damals waren die positiven Effekte so überzeugend, dass fortan weitere Stufen der Bewirtschaftung des Parkraums umgesetzt wurden. Mittlerweile sind wir bei Stufe 5, und die weitere Ausweitung wird fraktionsübergreifend befürwortet. Grüne Ideen setzen sich also durch!

Es zeigte sich ein weiteres Mal, dass Pilotversuche im Verkehrsbereich richtig und wichtig sind – dieser hier hat ergeben: Mit der Parkraum-Bewirtschaftung sinkt der Stress, es gibt weniger Parksuchverkehr und deutlich weniger Falschparker. Dadurch steigt die Verkehrssicherheit, gerade für zu Fuß Gehende.

Seit Juli wird der Parkraum auch in vier neuen Gebieten in Bad Cannstatt, in zwei neuen Gebieten im Stuttgarter Norden und erstmalig auch in Untertürkheim und Vaihingen umgesetzt. In Nord und in Bad Cannstatt weiten sich die bewirtschafteten Gebiete somit weiter aus und gerade jene Stadtteile, die bisher als Randgebiete neben bewirtschafteten Flächen einen besonders hohen Parkdruck hatten, werden



Umsetzungsstufen des PRM. Stufe 5 startete im Juli. Karte: Stadt Stuttgart, Stadtplanungsamt

nun entlastet. Mit Vaihingen und Untertürkheim wird das PRM erstmals in Außenbezirken umgesetzt. Es muss aber nun schnell weitergehen, weitere Umsetzungsstufen müssen folgen.

■ STUFE 6 IST IN VORBEREITUNG.

Damit es schneller geht, haben wir Grünen im letzten Haushalt Mittel und Personal bereitgestellt, um die Verkehrszählungen bereits durchzuführen. Bei den Beratungen zum nächsten Doppelhaushalt gilt es nun, die Mittel für die Stufe 6 bereitzustellen. Sie umfasst Gebiete in Degerloch Zuffenhausen, Vaihingen, Ost und Mitte.

Björn Peterhoff



S radelt

■ WANN WIRD STUTTGART ZU EINER ECHTEN FAHRRADSTADT UND DER PLATZ AUF DEN STRASSEN UMVERTEILT? |

Der Radverkehr in Stuttgart nimmt spürbar zu. Gut wäre daher, wenn es mit dem Ausbau der Radinfrastruktur schneller voranginge. Wir haben doch den Zielbeschluss gefasst, Stuttgart zu einer echten Fahrradstadt zu machen: Also Fuß- und Radverkehr streng trennen, Räder runter von den Gehwegen und rauf auf eigene Radstreifen, Radwege oder auf Radstraßen. Gefahrenstellen entschärfen. Aber Politik ist langsam, denn sie muss alle Interessen abwägen. Und wenn eine Fahrradstraße oder neue Radstreifen in den Bezirksbeiräten oder in den zuständigen Gemeinderatsausschüssen vorgestellt werden, entbrennt eine heftige Diskussion. Die einen wollen alle Parkplätze erhalten, die anderen wollen alle weghaben, damit die Radwege Platz haben. Politik ist eben ein Ausgleich der Interessen, und diesen Ausgleich suchen wir. Aber eines ist klar: Wenn sich in Stuttgart das Fahrrad und vor allem das Pedelec als Verkehrsmittel etablieren soll, dann muss der Platz auf den Straßen etwas umverteilt werden. Mehr Fahrräder bedeuten weniger Autos, mehr Platz für Menschen und Bäume und weniger Lärm.

Christine Lehmann



Zickzack ahoi auf der wochenends für Autos dichten Hofener Straße. Foto: Peter Mielert

Mit E-Trikes nachhaltig mobil

■ FÖRDERPROGRAMM AUFGELEGT |

Jede Stuttgarterin und jeder Stuttgarter soll die Möglichkeit haben, sich nachhaltig mobil in der Stadt zu bewegen – auch Menschen, die mobilitätseingeschränkt sind. Aus der Mitte des Beirats für Menschen mit Behinderung kam die Initiative, ein Förderprogramm für den Kauf oder das Leasen von E-Trikes aufzulegen. E-Trikes sind dreirädrige Fahrräder mit elektrischer Unterstützung. Wir haben uns der Sache angenommen, war sie doch schon in unserem Kommunalwahlprogramm von 2019 als Ziel definiert. Auf unseren Antrag hin hat die

Abteilung für nachhaltige Mobilität das Förderprogramm „E-Trikes für mobilitätseingeschränkte Stuttgarter*innen“ analog zur Lastenradförderung für Familien vorgelegt. Die E-Trike-Förderung, die bis zu 2.000 Euro betragen kann, ist Ende Juni beschlossen worden und kann seitdem beantragt werden. Wer sie erhält, ist in der Förderrichtlinie definiert, zu finden unter www.stuttgart.de, Stichwort: E-Trikes.

Wichtig war uns die soziale Komponente, dank der auch einkommensschwache Bürger*innen die Förderung bekommen können. Und natürlich der Nachhaltigkeitsbonus: 500 Euro zusätzlich, wenn ein Auto ab- oder drei Jahre lang keines angeschafft wird.

TESTFAHRT GEFÄLLIG? | Im Rahmen der Mobilitätswoche bietet der Bezirksbeirat Mitte am Sonntag, 19. September, von 10 bis 17 Uhr in der dann für den Autoverkehr gesperrten Dorotheenstraße eine E-Trike-Teststation an. Wir wollen, dass alle Menschen unabhängig, selbstbestimmt und nachhaltig unterwegs sein können – auch diejenigen, die alters- oder anderweitig bedingt in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Das bedeutet Teilhabe und Chancengerechtigkeit und ist zugleich ein wichtiger Baustein zur Transformation des Verkehrs in der Stadt. Nur gemeinsam kann die Mobilitätswende gelingen.

Raphaela Ciblis



E-Trikes zum Selbertreten und zum Mitfahren. Foto: privat

Mit Schmetterlingen zur Barrierefreiheit

Im Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Stuttgart hören, sehen und sprechen **Raphaela Ciblis, Gabriele Munk und Marco Rastetter für die grüne Fraktion. Marco berichtet – auch von seinem Selbstversuch mit Schmetterling.**

■ Nachdem ein offener Brief über Hindernisse an Stadtbahnhaltestellen für mobilitätseingeschränkte Menschen im Herbst 2019 die Stadt ereilte, war sofort klar, dass hier Handlungsbedarf besteht: Zu oft ist der Ein- und Ausstieg an etlichen Stadtbahnhaltestellen in Stuttgart für Menschen, die zur Mobilität auf einen Rollstuhl angewiesen sind, nach wie vor ein unüberwindbares Hindernis.

MIT ROLLSTUHL FLOTT REIN UND RAUS AUS DER BAHN: IN BERLIN IST'S ALLTAG. | Ich kenne durch meine berufliche Tätigkeit in Berlin den Lösungsansatz der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG). Im Februar 2020 konnte ich mir die Berliner Schmetterlingsrampen von einem Team der BVG im Realbetrieb vorführen lassen: Der Vorteil der Berliner Rampen ist die Einfachheit. Es braucht keine baulichen Veränderungen der Bahnsteige, sie sind zügig ohne größeren Finanzaufwand einsetzbar und schon aus der S-Bahn Stuttgart vom Prinzip her bekannt. Nachteilig ist der notwendige geringe Einsatz des Fahrzeugführers. Der Ein- bzw. Ausstieg eines Rollstuhlfahrenden

gelingt in der Regel innerhalb von 30 bis 60 Sekunden. Das sollte doch auch in Stuttgart möglich sein!

Deswegen haben wir die Prüfung und den möglichen Einsatz dieser Rampen umgehend beantragt, damit schnell an jeder Stadtbahnhaltestelle für Mobilitätseingeschränkte der Ein- und Ausstieg in Stadtbahnen ermöglicht wird.

ODER LIEBER EINE FESTE RAMPE WIE IN MÜNCHEN? | Inzwischen konnte für eine spezifische individuelle Lösung an der Haltestelle Marktplatz in Stuttgart-Wangen eine Münchner Rampe am Bahnsteig befestigt werden. An dieser Station reicht sie für den Höhen- und Abstandsunterschied aus. Besonderer Dank gilt hier Simone Fischer, der Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung. Von der SSB haben wir die Zusage, dass die Berliner Rampe bestellt ist und zeitnah ein Probeversuch starten soll. Wir bleiben dran und lassen nicht nach, bis alle Stadtbahnhaltestellen von Rollstuhlfahrenden barrierefrei genutzt werden können.

Marco Rastetter



Sicher verschlossen hängen die Berliner „Schmetterling“-Klapprampen in den Haltestellen. Der persönliche Test hat ergeben: Schnell sind sie ausgehängt, angelegt, aufgeklappt – und fort ist das Hindernis! Fotos: privat





Stadtplanung im 21. Jahrhundert



Leipzig Charta 2.0 und IBA'27 haben die Idee der europäischen Stadt neu gefasst – viele konkrete Chancen für unsere

Der rasante gesellschaftliche und klimatische Wandel benötigt Antworten von der Stadtplanung. Das 20. Jahrhundert war durch die Industrialisierung geprägt: laut und schmutzig. Leitbild der Stadtplanung, festgeschrieben in der Charta von Athen 1933, war die funktionale Stadt mit der Auflösung der klassischen Stadt und Trennung von Wohnen, Einkaufen und Arbeiten sowie die autogerechte Stadt. Das passte nicht zum 21. Jahrhundert – Leitbild der Charta von Athen 2007 wurde die „integrierte Stadtentwicklung“ nachhaltiger europäischer Städte. Nur 13 Jahre später wurde, getrieben von der gesellschaftlichen Dynamik, im Dezember 2020 die neue Leipzig Charta 2.0 vereinbart, die die Idee der europäischen Stadt neu fasst: mehr Klimaschutz, sozialverträgliche Wohn- und Bodenpolitik, neue Anforderungen an Mobilität etc. – mit großer Übereinstimmung zu Zielen, für die wir Grünen uns schon lange einsetzen.

In diesem Zusammenhang sind auch die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN (SDGs) zu nennen, die für eine nachhaltige Entwicklung und Umsetzung der Agenda 2030 stehen. Bereits 2017 haben wir unsere Anträge für den Haushalt 2018/19 diesen 17 Zielen zugeordnet. Ziel 11 zum Beispiel steht für nachhaltige Städte, Ziel 13 für Maßnahmen zum Klimaschutz.

Große Hoffnungen setzen wir nun in die IBA'27, die „Internationale Bauausstellung 2027 StadtRegion Stuttgart“, die ebenfalls 2017 auf den Weg gebracht wurde. Dabei sollen Projekte entwickelt werden, die diese Ziele umsetzen, sichtbar und erlebbar machen. Diese IBA der dritten Generation soll Antworten finden auf die Frage „Wie wollen wir künftig leben, wohnen, arbeiten?“, die 2021 auch das Motto der Architektur-Biennale Venedig ist. Und weiter: Wie gelingt Wandel unter Wachstum, wie die Rückgewinnung des öffentlichen Raums? Welche Mobilität wollen wir? Wie kommen wir zu einer nachhaltigen, solidarischen und partizipativen StadtRegion Stuttgart?

VIER THEMEN DER IBA-THEMEN-WELT STEHEN IM MITTELPUNKT:

- Baukultur einer neuen Moderne (Umgang mit dem Bestand, Nutzungsmischung, grüne Infrastruktur)
- Integrierte Quartiere (bezahlbarer Wohnraum, produktive Stadt, Qualitäten wohnungsnaher Freiräume, neue Arbeitswelten)
- Neue Technologien (Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelten, neue Konstruktionsformen in Verbindung mit Energie- und Gebäudetechnik)
- Die Region ist die Stadt (polyzentrisch, regionales Miteinander, Management des Wandels unter Wachstum, Bebauung und Landschaft, Stadt, Natur und Fluss)

WAS HEISST DAS FÜR STUTTGART?

- 13 IBA-Projekte wurden 2020 in der Region nominiert. Fünf davon sind in Stuttgart und alle bereits auf dem Weg:
- Uni Stuttgart, Campus Vaihing. An einem 36 Meter hohen Turm werden Strukturen und Fassaden getestet, die sich selbst an Umweltbedingungen anpassen sollen.
 - Der neue Stöckach. Transformation einer innerstädtischen Konversionsfläche: Das frei werdende EnBW-Werksengelände im Stuttgarter Osten wird für rund 800 Wohnungen entwickelt.

- Quartier Böckinger Straße, Zuffenhausen. Dort wird die SWSG experimentelle Bautypologien und Wohnformen mit sozialer Durchmischung für ca. 360 Wohnungen schaffen.
- Maker-City. An den Wagenhallen in S-Nord entsteht ein Experimentierfeld für Wohnen, Arbeiten und Kultur, für produktiv-kreative Pilotprojekte und neue Konzepte zur gemischten Stadt.
- Leonhardsvorstadt. Das Gebiet rund um das Anfang 2023 frei werdende Züblin-Parkhaus wird in einem Beteiligungsprozess entwickelt.

PLUS EIERMANN-AREAL, STADT AM FLUSS, ...

Weitere Stuttgarter Projekte sind in Vorbereitung, unter anderem das Eiermann-Areal (die ehemalige IBM-Zentrale) in Vaihing. Das Areal Fleiner Straße/Rotweg in Rot, das resilient und generationengerecht weiterentwickelt wird. Das Thema „Neckar als Lebensraum – Stadt am Fluss“ zählt ebenso zu den Projekten, die noch aufgenommen werden sollten.

Die Projekte in der Region sowie detaillierte Informationen findet man unter www.iba27.de.

Beate Schiener



Collage: EINSATEAM/Karo Rigaud, aus: „Neue Leipzig Charta“ des BBSR im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung



ALLE BEZIRKE

Quartierskonzepte schaffen Heimat

Wir brauchen eine nachhaltige, sozial inklusive Quartiersentwicklung. Wir Grünen setzen auf niederschwellige, dezentrale Lösungen und auf partizipative, generationsübergreifende Ansätze.

■ Wir brauchen eine Stadt der kurzen Wege und lebendigen Quartiere, die allen eine echte gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht – von Nahversorgung bis Freiflächen, von kulturellen bis sozialen Angeboten. Unser Zusammenleben, das, was unsere Stadt ausmacht, hängt stark davon ab, wie wir unsere Stadtteile, unsere Quartiere gestalten. Um den demografischen und sozialen Herausforderungen gut zu begegnen, braucht es neue Strukturen des Zusammenlebens und eine nachhaltige, sozial inklusive Quartiersentwicklung. Zur Sicherung der sozialen Infrastruktur und um die Raumbedarfe für soziale Angebote entsprechend zu berücksichtigen, ist es unerlässlich, Bedarfsabfragen durchzuführen, das Instrument der Entbehrlichkeitsprüfung anzuwenden und Standortsuchläufe und Sozialraumanalysen zu starten.

Die Ausarbeitung und Umsetzung der sozialen Infrastruktur ist eine wichtige Aufgabe der Sozial- wie auch der Stadtentwicklungsplanung. Soziale Infrastruktur erfordert eine koordinierende, ämterübergreifende Gesamtplanung unter besonderer Berücksichtigung größerer Wohnungsbauvorhaben und Sanierungsgebiete.

QUARTIERSPROJEKTE: FÜR STARKE SOZIALE NETZWERKE UND LEBENDIGE NACHBARSCHAFTEN

Die demografische Entwicklung verstärkt neben der Alterung und Singularisierung unserer Gesellschaft auch die Risiken von Vereinsamung und das Wegbrechen von Alltagsstrukturen und sozialen Netzwerken. Quartiersansätze können helfen, die nachbarschaftlichen Netzwerke auszubauen, ergänzende Dienstleistungen bereitzustellen und eine umfassendere Teilhabe im Quartier zu ermöglichen. Quartiersentwicklungsprojekte sind mehr als eine kleinräumige, generationengerechte Weiterentwicklung der Infrastruktur. Durch Quartiersprojekte können soziale Nahräume bedarfsgerecht gestaltet werden. Sie vernetzen die Akteure vor Ort, stärken lebendige Nachbarschaften und aktivieren die Ressourcen im Quartier.

BEDARFSGERECHTE HILFEN, ORTE DER BEGEGNUNG

Quartiersentwicklungen haben auch zum Ziel, dass bedarfsgerechte Wohnangebote ausgebaut werden und wohnortnahe Beratungs- und Dienstleistungen zur Verfügung stehen. Denn die meisten Menschen möchten selbstbestimmt in ihrem vertrauten Wohnumfeld leben, älter werden und differenzierte Unterstützungs- und Hilfeleistungen vor Ort nutzen.

Eine Aufgabe ist es dabei, Orte der Vernetzung und niederschweligen Beratung zu etablieren, für alle Einwohnerinnen und Einwohner. Es geht um die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten für Menschen aus unterschiedlichen Sozial- und Altersgruppen sowie kulturellen Hinter-

gründen. Hierfür braucht es Zentren und Häuser für alle Generationen mit einem engen Quartiersbezug. Begegnungsstätten, Stadtteil- und Familienzentren sowie Stadtteilhäuser müssen daher flächendeckend etabliert und ausgebaut werden. Mindestens ebenso wichtig ist es, bürgerschaftliches Engagement einzubeziehen und zu stärken, sei es durch die Förderung von Vereinen, kulturellen Angeboten, von soziokulturellen Zentren oder Initiativen. Es wird dabei nicht die eine optimale Lösung geben, vielmehr gilt es, die richtigen Instrumente für die jeweiligen Quartiere bedarfsgerecht zu entwickeln und auszubauen. Unterstützend kann hier ein Quartiersmanagement wirken, das in den örtlichen Stadtteilzentren verankert und im Quartier gut vernetzt ist, das die Bewohner*innen vor Ort aktiviert, Eigeninitiative stärkt, soziale Netzwerke knüpft. Für die Unterstützung und Vernetzung von bestehenden Angeboten und ehrenamtlichen Initiativen im Bezirk, für das Anstoßen von Aktivitäten und niederschweligen Veranstaltungen.

„GRÜNE“ INFRASTRUKTUR | Natürlich gehört zu einem lebenswerten und inklusiven Quartier auch mehr „grüne“ Infrastruktur: mehr Frei- und Aufenthaltsflächen ohne Konsumzwang, Spiel- und Bewegungsangebote, Urban Gardening bzw. Gemeinschaftsgärten. Nicht erst durch die Pandemie wurde deutlich, wie wichtig solche Orte sind, gerade in unseren hoch verdichteten Innenstädten. Nicht nur für das Klima, sondern auch für uns Menschen.

Petra Rühle





S-MITTE

Schritt für Schritt in die richtige Richtung

STADTPLANUNG: AUTOGERECHT WAR MAL. VOM UMBAU DER CITY IN EINE LEBENSWERTE STADT FÜR ALLE

Ja, es dauert – viel Zeit und Geduld ist erforderlich für große Transformationsprozesse wie den Umbau der autogerechten Stadt in die lebenswerte, für Menschen gemachte Stadt. Deshalb ist es wichtig, auch die einzelnen Schritte wahrzunehmen, die uns erkennen lassen: Wir sind auf dem richtigen Weg.

ZUM BEISPIEL: DOROTHEENSTRASSE, DOROTHEENQUARTIER, MARKTPLATZ | Die Dorotheenstraße wird stufenweise verkehrsberuhigt und am Ende zur Fußgängerzone. Nun wurden als erste Ausbaustufe Parkplätze ab- und große Pflanzenkübel und Sitzbänke aufgebaut. Im nächsten Schritt geht es an die bewirtschafteten Stellplätze vor der Markthalle. Und dann muss immer noch eine Lösung für die großen Reisebusse gefunden werden.

Das Dorotheenquartier begegnet dem Beton und Pflaster mit ansprechenden grünen Installationen; mitunter wird Wasser eingesetzt. Geht man an ihnen vorbei, ist eine deutliche Erfrischung zu spüren.

Weiter zum Marktplatz: Hier braucht es noch einige Fantasie, um sich anstelle der großen Baumaschinen und Baustellenzäune die Piazza für Markt und Feste, für Begegnungen, Demonstrationen und Proteste vorzustellen. Es wird gut werden, die neuen Beläge sind sorgsam ausgewählt, der angehobene Brunnen wird barrierefrei für alle zugänglich, und auf das 25 Meter lange und fünf Meter breite Wasserfontänenfeld freuen sich nicht nur die Kinder.

Wenig Grün zeigt sich seitlich vom Rathaus in der Eichstraße, aber immerhin ist erkennbar, dass Fahrräder heute selbstverständlich dazugehören. Und auch hier gibt es Möglichkeiten für ein Absetzen, Hinsitzen, kurzes Verweilen im öffentlichen Raum. Es ist eine gute Entwicklung, dass Bänke und Sitzquader inzwischen mitgedacht werden. Das wird für die zu Fuß gehenden, sich in der Stadt aufhaltenden Menschen schon lange gefordert und freut nicht nur Ältere.

EBERHARDSTRASSE, LEONHARDSVORSTADT, NEUE B 14 | Ein signifikanter Beginn des Umbaus der Innenstadt zur „Lebenswerten Stadt für alle“ war die Umgestaltung der Eberhardstraße zur Fahrradstraße. Der Charakter hat sich dadurch so wesentlich verändert, dass der frühere Zustand nur noch schwer vorstellbar ist.

Die weiteren Vorhaben machen Mut und Freude auf die Zukunft: Die Neugestaltung der Leonhardsvorstadt als IBA-2027-Projekt verspricht die Umsetzung einer Vision von Stadt, wie die beteiligten Bürger*innen und wir Grünen sie uns wünschen. Der Umbau der B 14 wird den Stuttgarter*innen außerhalb von Kraftfahrzeugen Raum zurückgeben. Und es gibt noch so viele kleine Abschnitte und Ecken, die darauf warten, lebenswert zu werden, zum Verweilen einzuladen. Wie sagt der dänische Architekt und Stadtplaner Jan Gehl so schön: „Der Kampf um Qualität findet im Kleinen statt.“ Und dieser Kampf dauert.

Raphaela Ciblis

P.S. Nachdem jetzt bekannt wurde, dass es sich beim Material der Möblierung um – wenn auch zertifiziertes – Tropenholz handelt, werden wir uns künftig dafür einsetzen, dass heimische Holzarten verwendet werden.



Von links: Grau und Grün im Dorotheenquartier, Sitzbänke in der Dorotheenstraße. Grüne Installationen mit Wasser wirken sich positiv aufs Stadtklima aus. Fotos: Raphaela Ciblis



Der neue Stöckach: Eine Chance für die klima- und menschen- gerechte Stadt

AUF EINEM EHEMALIGEN WERKS- GELÄNDE ENTSTEHT EIN URBANES NACHHALTIGES MODELL-QUARTIER. ZOOM IN EIN IBA'27-PROJEKT |

Die Internationale Bauausstellung 2027 bietet eine große Chance für Stuttgart, um Antworten auf die gesellschaftlichen, städtebaulichen und klimatischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu finden. Hierfür braucht es neue, visionäre und grüne Ideen. Es gilt, Klimaneutralität und Resilienz ebenso wie eine soziale und funktionale Durchmischung zu fördern. Besonders der öffentliche Raum ist dabei grundlegend und muss vielen Ansprüchen gerecht werden.

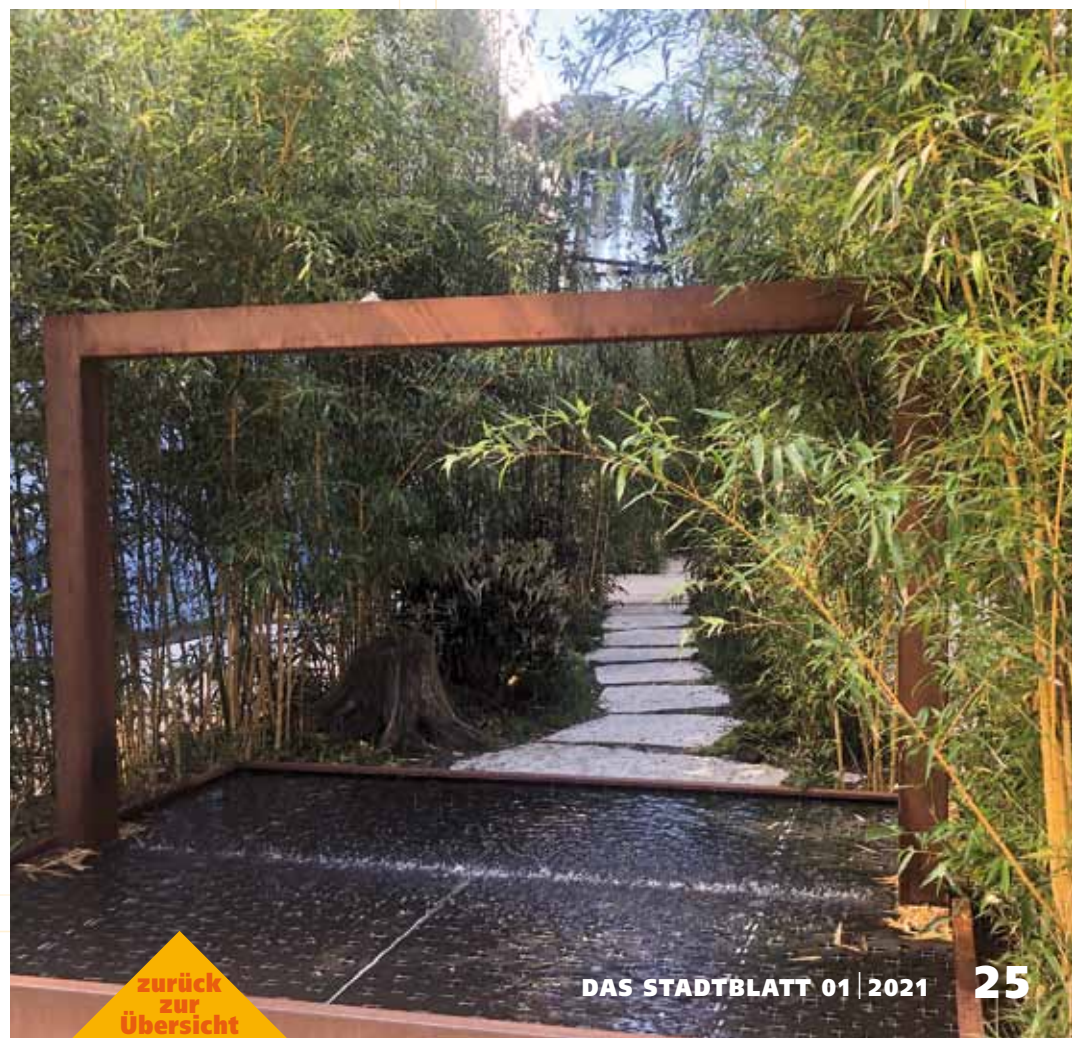
Das frei werdende Werksgelände der EnBW am Stöckach im Stuttgarter Osten bietet hier ein vielfältiges Potenzial. Auf 4,2 Hektar wird ein neues urbanes Stadtquartier entstehen, mit rund 800 Wohnungen, Angeboten für soziales Miteinander, Nahversorgung und einem zukunftsweisenden,

nachhaltigen Energie- und Verkehrskonzept. Im Fokus des Projekts steht die Entwicklung eines ökologischen, nachhaltigen Modell-Quartiers, das wichtige Beiträge zu ressourcenschonendem Bauen, innovativen Nutzungskonzepten sowie zu Energieautonomie und Digitalisierung liefert.

**NEUE KONZEPTE RUND UM DAS
THEMA WOHNEN |** Gerade das Thema Wohnen ist natürlich von zentraler Bedeutung. Neben 40 Prozent gefördertem Wohnraum sollen weitere Wohnungen mit günstigen Mietpreisen sowie Werkswohnungen entstehen. Besonders wichtig sind auch Pflege- und altersgerechte Wohnungen, um den Herausforderungen des demografischen Wandels gerecht zu werden. Daneben braucht es eine soziale, kulturelle und gewerbliche Infrastruktur, Begrünung, hochwertige Freiflächen und eine gute Durchwegung, um zu einem wirklich integrativen, grünen und vielfältigen Stadtquartier zu werden.

**GUT ANGEBOUNDE AN ANDERE
VORHABEN IM BEZIRK |** Auch die multimodale Verknüpfung mit den umliegenden Quartieren ist ein zentrales Anliegen. So entsteht in direkter Nachbarschaft am Stöckachplatz auf dem Gelände der ehemaligen Hauswirtschaftlichen Schule eines der wichtigsten Projekte im Sanierungsgebiet Stöckach. Hier erstellt die Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft SWSG neben Wohnungen auch ein vollstationäres Wohnangebot für Schwerstmehrfachbehinderte und eine dreigruppige Kindertagesstätte, außerdem einen Supermarkt sowie ein Stadtteilhaus. Letzteres soll das bisherige Stadtteil- und Familienzentrum an der Metzstraße ersetzen.

Petra Rühle





Die Wilhelmsbrücke heute, von Autos besetzt, und eine Zukunftsvision. Luftbild: Stadt Stuttgart, Geoline 2019. Skizze: Tobias Döring

BAD CANNSTATT

Mehr Platz für den Fuß- und Radverkehr!

Das Gute am Rosensteintunnel? Seine Begleitmaßnahmen. Auch die nehmen nun bald Form an, und sie wirken ins Quartier hinein.

■ Wir Grünen haben den Rosensteintunnel abgelehnt. Dass der rund 1.300 Meter lange Straßentunnel für inzwischen schon fast 400 Millionen Euro gebaut wird, geht auf einen Kompromiss zwischen CDU und SPD zurück, bei dem die SPD Begleitmaßnahmen gefordert hat. Diese wurden aber nur zum Teil, separat vom Budget des Tunnels, umgesetzt. Damit die wesentlichen Maßnahmen insbesondere in Bad Cannstatt nun auch wirklich kommen, war jetzt allerdings ein neues Bündnis nötig – denn die Tunnelpartei CDU hat Verbesserungen wie die Sperrung der Wilhelmsbrücke stets abgelehnt.

AUTOFREIE WILHELMSBRÜCKE UND POP-UP-RADWEG AUF DER SCHÖNESTRASSE | Auf einen Antrag von uns Grünen hin machte der Gemeinderat bereits 2018 klar: Die autofreie Wilhelmsbrücke muss kommen! Nun steht aber auch fest: Sie kommt bald. Denn anders als von der Verwaltung vorgeschlagen, hat der Gemeinderat jetzt beschlossen, die Sperrung für den Autoverkehr direkt nach Eröffnung des Rosensteintunnels umzusetzen.

Wie von der Verwaltung vorgeschlagen, wird dann auch die Schönestraße auf eine Spur zurückgebaut. Allerdings wird hier auf unseren Antrag hin direkt eine Pop-up-Bikelane zwischen Rosensteinbrücke und König-Karl-Brücke umgesetzt.

Damit es bei beiden Vorhaben flott vorwärts geht, haben wir im Haushalt bereits Mittel für die Umsetzung eingestellt – so kann die Wilhelmsbrücke schnell mit Sitzgelegenheiten und Verweilmöglichkeiten aufgewertet und die Pop-up-Bikelane bald eingerichtet werden.

Beide Maßnahmen bergen städtebaulich einen immensen Mehrwert:

LUFT FÜR DEN NECKARDAMM | Der Neckardamm ist besonders im Sommer stark frequentiert: Radfahrende und Fußgänger*innen kommen sich auf dem gemeinsamen Geh- und Radweg wegen der Enge immer wieder in die Quere. Die Pop-up-Bikelane ist hier die ideale Lösung, denn sie bietet eine getrennte Wegeführung an und erlaubt es den Radler*innen, auf direktem Weg zur König-Karl-Brücke zu kommen.

EISENBAHNBRÜCKE | Wenn es nach uns geht, gibt es bald auch noch eine weitere Neckarquerung: über die heutige Eisenbahnbrücke, die in einem Fahrradtunnel in Richtung Rosensteinviertel steigungsfrei weitergeführt werden kann. Aktuell wird diese Verbindung im Rahmen der von uns bereitgestellten Mittel für die Machbarkeitsstudie zur Eisenbahnbrücke untersucht. Über die Ergebnisse werden wir in der nächsten STADTBLATT-Ausgabe berichten.

STÄDTEBAULICHE PLUSPUNKTE FÜRS UMFELD | Die autofreie Wilhelmsbrücke wird städtebaulich ebenfalls viele Verbesserungen bringen. Das Brückenumfeld bietet Platz für eine Ausweitung der bestehenden Außengastronomie. Auch die Verkehrsflächen der Kreuzungsbereiche zwischen Marktstraße, Überkingerstraße und Brücke sowie auf der anderen Uferseite zwischen Brücken- und Neckartalstraße können deutlich reduziert werden, da Abbiegebeziehungen entfallen. Die Brücke selbst wird Radfahrenden deutlich mehr Platz bieten als heute und erlaubt künftig eine getrennte Rad- und Fußwegeführung. Für Fußgänger*innen können außerdem Verweilflächen geschaffen werden, die ein neues Highlight am Neckar darstellen werden.

PLUS FAHRRADSTRASSE, ZEBRASTREIFEN! | All dies ist ideal für die künftige Weiterentwicklung der Marktstraße hinüber in die Neckarstadt. Aber auch die parallel zum Neckar verlaufende Überkingerstraße wollen wir langfristig aufwerten – aus unserer Sicht könnte hier eine Fahrradstraße entstehen, die deutlich weniger mit Durchgangsverkehr belastet ist. Das eröffnet dann auch die Möglichkeit, die heutigen ampelgeregelten Fußgängerquerungen durch Zebrastreifen zu ersetzen.

Björn Peterhoff



Superblock: das Wohnviertel lebenswerter machen

■ BAHN FREI FÜR EIN PILOTPROJEKT – AUF INITIATIVE DES BEZIRKSBEIRATS, NACH VORBILD BARCELONAS

Weltweit schauen Städte auf Barcelona: Hier tragen seit einigen Jahren die „Barcelona Superblocks“ dazu bei, dass in ganzen Vierteln die Lebensqualität rapide steigt, indem Straßen beruhigt, Bäume gepflanzt und neues Stadtmobiliar installiert wird. Im Kern geht es um eine Stadtgestaltung, die sich an den Anwohner*innen orientiert. Der motorisierte Verkehr wird an den Außenkanten des Superblocks geführt. Im Inneren haben Zu-Fuß-Gehende und Radfahrende Vorrang. Idealerweise gilt Schrittgeschwindigkeit. Die Kreuzungen werden mit Querschranken gesperrt, sodass Autos dort nicht mehr durchfahren können. Parkplätze werden auf ein Nötiges reduziert. Gleichzeitig wird überlegt, bestehende Tiefgaragen zu Quartiersgaragen umzuwidmen.

Alle Gebäude bleiben mit Kraftfahrzeugen erreichbar. Ebenfalls mit Rettungs- und Müllfahrzeugen. Der Kfz-Verkehr wird auf dem kürzesten Weg aus dem Superblock herausgeführt. Das vermeidet den Durchgangsverkehr – und mit ihm Lärm und Emissionen.

Den Ball der grünen Bezirksbeiräte aus dem Westen haben wir gerne aufgenommen und im Gemeinderat 80.000 Euro für ein Pilotprojekt entlang der Augustenstraße beschlossen. Während der Europäischen Mobilitätswoche vom 16. bis 22. September, an der sich Stuttgart erstmals beteiligt, soll nun zum ersten Mal sichtbar werden, wie ein „Superblock West“ aussehen könnte. Besonders wichtig ist das Einbeziehen der Anwohner*innen. Deshalb sind wir froh, dass der Superblock vom Verein „Quartierswerkstatt Augustenstraße“ unterstützt wird, der seit Mitte 2020 Pläne schmiedet und bei den Nachbar*innen um Support wirbt. Schon jetzt mit dabei: das Kulturzentrum Merlin und verschiedene Gastronom*innen und Einzelhändler*innen.

Marcel Roth



Die Querschranken sind quasi semipermeabel: Stopp für Auto-, Go für Fuß- und Radverkehr. Fotomontage: Quartierswerkstatt Augustenstraße



ZUFFENHAUSEN

Bezirk entlastet? Nix da!

■ DIE MIT DEM ROSENSTEINTUNNEL ERHOFFTEN VERBESSERUNGEN BLEIBEN AUS. DESHALB MÜSSEN WIR JETZT GEGENSTEUERN.

Ein wesentliches Versprechen des Beschlusses zum Rosensteintunnel waren Begleitmaßnahmen, die zum Ziel hatten, Zuffenhausen zu entlasten. Der Stadtbezirk im Stuttgarter Norden ist besonders vom Verkehr belastet. Der Rosensteintunnel wird hier sogar noch zu mehr Verkehr führen – genauso wie die diversen Baumaßnahmen entlang der B 10 nördlich und südlich von Stuttgart. Umso wichtiger ist es, dass wir gegensteuern und den Durchgangsverkehr reduzieren.

■ SCHWIEBERDINGER STRASSE ZURÜCKBAUEN – TROTZ AUFSIEDLUNG DES FRITZ-AREALS!

Aus diesem Grund haben wir darauf gepocht, dass nun endlich die Schwieberdinger Straße zurückgebaut und somit vom Durchgangsverkehr entlastet wird, denn viel Verkehr auf dieser Straße wäre vermeidbar und eigentlich über die parallel verlaufende B 10 abwickelbar. Die Stadtverwaltung ist allerdings eher in eine andere Richtung unterwegs: An der Kreuzung Marconi-/Lorenzstraße soll eine zusätzliche Linksabbiegespur kommen, damit der steigende Ziel- und Quellverkehr besser abgefertigt werden kann, den die aktuell laufende Aufsiedelung des Fritz-Areals mit sich bringen soll.

Wenig überraschend war die breite Ablehnung dieser Maßnahme im Bezirksbeirat Zuffenhausen, da sie ja eher zu mehr als zu weniger Verkehr führt. Wir haben daher mit einer ebenso breiten Mehrheit dem Bezirksbeirat Rückenwind gegeben und einen Antrag gestellt, in welchem wir diese Maßnahme ablehnen und stattdessen Rückbaumaßnahmen fordern.

Denn auch wenn die Zahl der Arbeitsplätze im Areal zunimmt, brauchen wir andere Lösungen. Aktuell wird deutlich mehr Homeoffice genutzt. Dass die Firmen die Einschätzung haben, dass dies auch so bleibt, zeigt die Allianz: Sie hat im Stadtteil Vaihingen auf einen Teil ihrer dort geplanten Büroflächen verzichtet und sie gar nicht erst gebaut.

Wir müssen solche Entwicklungen unbedingt in unserer Verkehrsplanung aufgreifen. Außerdem müssen wir unsere Planungsziele umsetzen: Im Verkehrsentwicklungskonzept wollten wir eine Reduktion des Autoverkehrs um 20 Prozent. Somit müssen wir auch bei der Planung anders vorgehen und bereits heute mehr auf den Umweltverbund setzen, sprich: auf Bus und Bahn, den Rad- und den Fußverkehr.

Björn Peterhoff

Kommunalpolitische Chronik

Wieder wollen wir Ihnen an dieser Stelle Rechenschaft über den öffentlichen Teil unserer Anträge und Anfragen der letzten Monate geben, mit denen wir unser grünes Programm auf den Weg bringen wollen. Anträge sind und bleiben das Königsrecht des Stadtrats, mit dem er die Verwaltung beflügeln oder zwingen kann, bestimmte Themen zu bearbeiten, und mit dem sich dann auch Abstimmungen in diesem Gremium herbeiführen lassen. Eine kleine Auswahl.

■ Das Statistische Landesamt wird 2023 seinen bisherigen Standort am Erwin-Schöttle-Platz verlassen. Stadt und Land sind in Gesprächen zur Entwicklung des Gebäudes und der frei werdenden Flächen. Verschiedene Interessengruppen – ob Land, Stadt, Bürger*innen oder Bezirksbeirat – eint das Ziel, die frei werdenden Flächen zu entwickeln und dort auch Wohnen zu ermöglichen. Um diese **IDEEN ZUR ZUKUNFT DES STATISTISCHEN LANDESAMTES** zu sammeln und zu kanalisieren, soll die Stadt in die Planungen mit den Bürger*innen einsteigen und mit den Ergebnissen der Beteiligung eine Machbarkeitsstudie erstellen, regt *Beate Schiener* an.

Bei der Neukonzeption der Werbung im öffentlichen Straßenraum will *Andreas Winter* **DIE CHANCEN DER DIGITALISIERUNG FÜR KULTUR UND GEMEINWOHL NUTZEN**. Mit der Neukonzeption verbindet er die Chance, neue Möglichkeiten, die sich aus der Digitalisierung ergeben, so zu nutzen, dass sie nicht nur kommerziellen, sondern auch kulturellen, dem Gemeinwohl dienenden oder identitätsstiftenden Angeboten zugutekommen und dadurch beitragen, ein attraktives städtisches Leben zu fördern. Dabei legt er Wert auf eine ausgewogene Balance zwischen Status quo und Zukunftsszenario.

Einer Studie der Uni Gießen zufolge landen jedes Jahr ca. 1,2 Millionen Tonnen Papier- und Plastikmüll in deutschen Briefkästen. Diese müssen nicht nur kommunal entsorgt werden, sondern vermüllen viele Eingangsbereiche und Fußgängerzonen. Oft wird die Werbepost nicht einmal gelesen. Trotzdem müssen für die mehr als 28 Milliarden Werbeprospekte jährlich Bäume gefällt und enorme Wassermengen aufgewendet werden: in einer Stadt von der Größe Stuttgarts jährlich 850 Millionen Liter. Der Klimawandel wird angeheizt: 35.000 Tonnen CO₂ werden freigesetzt. *Marcel Roth* hat beantragt, dass Stuttgart dem Bündnis „Städte gegen Werbeflut“ beitrifft, damit **WERBEPOST NUR AUF WUNSCH** im Briefkasten landet.

Die Situation der Geflüchteten in den Lagern an den Außengrenzen der Europäischen Union hat sich im Jahr 2020 weiter verschlechtert. Schon am 9. April 2020 beschloss eine Mehrheit im Stuttgarter Gemeinderat, dass die Stadt sich als „Sicherer Hafen“ aktiv gegen die unmenschlichen Zustände an den EU-Außengrenzen engagiert und Menschen auf der Flucht über die Quote hinaus aufnimmt. Diesem Beschluss müssen nun dringend Taten folgen, meint *Gabriele Nuber-Schöllhammer*. Es müssen konkrete Maßnahmen erarbeitet und **DIE UMSETZUNG „STUTT GART ALS SICHERER HAFEN“** angestoßen werden, um dazu beizutragen, die inakzeptablen Bedingungen für Schutzsuchende in der EU zu beenden.

Das seit Ende 2020 leerstehende Areal des früheren Kaufhofs in Bad Cannstatt gibt schon heute ein tristes Bild ab. Aber es kann schlimmer kommen: Ähnlich wie beim Budenareal gegenüber dem Cannstatter Carré droht hier eine Baubrache, weil Eigentumsfragen noch nicht geklärt sind. *Björn Peterhoff* will **KOPFLOSEN ABRISS UND JAHRELANGE BAUBRACHE VERHINDERN**. In einem interfraktionellen Antrag drängen er und andere darauf, dass die Stadt gemeinsam mit den Eigentümern schnell ein Konzept für eine künftige Nutzung entwickelt und regen einen städtebaulichen Wettbewerb für dieses nach der Innenstadt größte Einzelhandelsareal Stuttgarts an. Bis klar ist, wie die Flächen künftig genutzt werden, soll der Gebäudebestand zwischengenutzt werden. Am Fluxus konnte in der Innenstadt gezeigt werden, wie attraktiv ein Areal durch eine Zwischennutzung werden kann.

Die EnBW hat bekanntgegeben, dass sie ihr Kraftwerk umbauen will: **GAS STATT KOHLE IM HEIZKRAFTWERK STUTT GART-MÜNSTER**. Künftig sollen die Kohlekessel durch CO₂-arme erdgasbetriebene Turbinen ersetzt werden, die die Energiegewinnung aus Restmüll ergänzen. Damit wird es in Stuttgart keine Energieerzeugung aus Kohle mehr geben! Die neue Anlage soll so konzipiert werden, dass in Zukunft grüne Gase wie regenerativ erzeugter Wasserstoff eingesetzt werden können. Dann könnte

die Energieerzeugung völlig CO₂-frei erfolgen. *Andreas Winter* begrüßt dieses Vorhaben und bittet die EnBW, ihren Planungsstand im Ausschuss für Klima und Umwelt vorzustellen.

Stadt und EnBW eint das Ziel der Klimaneutralität. Die Entscheidung der EnBW, das Kraftwerk in Stuttgart-Münster von Kohle auf Gas umzurüsten, hat massive Auswirkungen auf die zukünftige Nutzung der Fernwärme in Stuttgart. *Benjamin Boy* fragt in dem von Fraktion, SPD und PULS mitgetragenen Antrag **KLIMANEUTRALE FERNWÄRME** nach der Fernwärmestrategie der EnBW für Stuttgart. Er will dargestellt haben, bis wann eine klimaneutrale Fernwärmeversorgung in Stuttgart angestrebt wird und welche Investitionen erforderlich wären, um das Kraftwerk auf alternative Kraftstoffe umzurüsten.

Eine Auswertung des statistischen Amtes der Stadt Stuttgart ergab kürzlich, dass für Menschen, die in strukturschwachen Stadtteilen der Landeshauptstadt leben, ein erhöhtes Risiko besteht, sich mit dem Corona-Virus zu infizieren. Bei einer 7-Tage-Inzidenz von vor Kurzem noch über 200 und einem anhaltenden Engpass an verfügbaren Impfdosen sind dies für Stuttgart besonders schlechte Aussichten. Um die Infektionszahlen schnellstmöglich zu reduzieren, war und ist schnelle und unbürokratische Hilfe vonnöten. *Gabriele Nuber-Schöllhammer* hat deshalb gefordert, den knappen **IMPfstoff für Stadtgebiete mit erhöhtem Infektionsgeschehen** bereitzustellen.

Die Standortsuche für einen Hauptsitz der Stadtwerke Stuttgart (SWS) war Ende 2020 endlich von Erfolg gekrönt, ein Mietvertrag über eine ehemalige Firmenzentrale in Stuttgart-Wangen konnte abgeschlossen werden. Die erforderliche umfangreiche Sanierung bietet den Stadtwerken die **CHANCE, DEN NEUEN HAUPTSITZ VORBILDHAFT ZU SANIEREN**. *Silvia Fischer* beantragt, dass die neue SWS-Zentrale als Leuchtturmprojekt und Vorbild für andere Sanierungen realisiert wird.

Die von Wuppertal Institut, GLS-Bank und Fridays for Future Deutschland vorgestellte Studie „Wie Deutschland bis 2035 CO₂-neutral werden kann“ verdeutlicht, welche Transformationsschritte nötig sind, um die Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen.

Wir unterstützen die Ziele der Studie und wollen forcieren, dass das, was die Stadt und im Besonderen ihre Wohnungsgesellschaft SWSG dazu beitragen können, identifiziert und umgesetzt wird, damit Stuttgart bereits deutlich früher als 2050 klimaneutral wird. *Silvia Fischer* hat bei der SWSG **DIE KLIMANEUTRALITÄT FEST IM BLICK** und drängt auf weitergehende strategische Zielvorgaben für die SWSG.

In der Galerie der Oberbürgermeister im Stuttgarter Rathaus klafft eine doppelte Lücke zwischen Karl Lautenschlager, OB bis 1933, und Arnulf Klett, OB ab 1945: Die Zerstörung der kommunalen Demokratie durch die Machtergreifung der NSDAP hat im Stuttgarter Rathaus keine mahnenden Spuren hinterlassen. Diese doppelte Lücke wird durch das von der Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber getragene Kunst-

projekt „StolperKunst“ zum Sprechen gebracht. *Andreas Winter* beantragt mit Unterstützung von Fraktion, SPD und FDP, dass die **PREMIERE DES FILMS „DIE DOPPELTE LÜCKE“** in einer Gemeinderatsitzung stattfindet.

Stuttgart hat schon viel erreicht im Kampf gegen Feinstaub und Stickoxide. Aber noch immer gibt es Messstellen, etwa an der Tal- und der Pragstraße, an denen die Stickoxidwerte überschritten werden. Der Rosenteintunnel, der im September fertiggestellt sein soll und dessen Ausgang an der von Wohnhäusern gesäumten Pragstraße liegt, wird eine zusätzliche Belastung bringen.

Björn Peterhoff will das verhindern und ein **LKW-DURCHFahrtsverbot für eine saubere Pragstrasse an der B 10 umsetzen**. Für andere Strecken in Stuttgart ist dies bereits seit 2010 selbstverständlich. Für uns ein wichtiger Schritt hin zu mehr Gesundheitsschutz für all jene, die an diesen Strecken wohnen.

Mit dem Ausbau der B 10 in Zuffenhausen und Bad Cannstatt wurden der Bevölkerung bereits mit dem Baubeschluss zum Pragsatteltunnel im Jahr 2000 wirksame Begleitmaßnahmen in Zuffenhausen versprochen.

GERADE ZUFFENHAUSEN BRAUCHT JETZT EINE ENTLASTUNG, ist *Björn Peterhoff* überzeugt. Besonders die Entlastung der inneren Schwieberdinger Straße zwischen Porscheplatz und Frankenstraße sowie der Ludwigsburger Straße zwischen Hohensteinstraße und Friedrichswahl wurde als dringlich erkannt und als machbar dargestellt.

DAS STADT BLATT

LIEBE LESER*IN,

gefällt Ihnen DAS STADTBLATT? Wir freuen uns über Ihr Lob, nehmen aber auch Ihre Anregungen sehr gerne entgegen.

Wenn Sie denken, dass Ihre Freunde, Bekannten und politischen Gegner DAS STADTBLATT ebenfalls lesen wollen, nehmen wir gern deren Adresse auf – schicken Sie uns einfach die umseitige Karte ausgefüllt zurück. Grüne Ziele müssen noch bekannter gemacht werden, grüne Politik braucht noch mehr Unterstützung. Schön, wenn Sie uns dabei helfen.



Der Streuobstanbau wurde vor Kurzem in das Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes aufgenommen. Unsere Stadt zeichnet sich auch durch eine Vielzahl an Streuobstwiesen aus. Die Bedeutung dieser wertvollen Kulturlandschaft und ihres hohen ökologischen Werts für das Kleinklima, für Boden und Wasser wie auch als Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen wurde nun von der UNESCO einmal mehr unterstrichen. Wir haben im Jahr 2019 beantragt, eine Konzeption zur Pflege und Erhaltung der Stuttgarter Streuobstwiesen zu erarbeiten. Die Stadt soll **DEN ERHALT DER WERTVOLLEN KULTURLANDSCHAFT WIEDER IN DEN BLICK NEHMEN**, findet *Marina Silverii* und erkundigt sich, wie der Zustand der städtischen und privaten Streuobstwiesen in Stuttgart beurteilt wird und ob weitere Maßnahmen für den Erhalt erforderlich sind.

In regelmäßigen Abständen wird auch in Stuttgart das Straßennetz untersucht, um Schäden und Sanierungsbedarf zu erheben. Hier könnte Künstliche Intelligenz helfen: Ein junges Stuttgarter Unternehmen kann **MIT KI STRASSENSCHÄDEN SCHNELL UND EFFEKTIV AUFSPÜREN** und erfasst mittlerweile den Straßenzustand in mehr als 100 Kommunen. Erst 2017 gegründet, arbeitet das Unternehmen mit Gemeinden, Städten und Landkreisen in der ganzen Republik und auch international zusammen. Statt der herkömmlichen langwierigen und relativ teuren Erfassung durch ein Ingenieurbüro wird der Straßenzustand über Fotos erfasst und über eine intelligente Software ausgewertet. *Andreas Winter* regt an, zu

prüfen, ob auch in Stuttgart Straßenschäden über das Vialytics-Verfahren aufgespürt werden können.

Rund hundert polnische Kommunen haben sich als „LGBTIQ-freie Zonen“ deklariert und demonstrieren so ihre homofeindliche und menschenverachtende Einstellung. Das Europäische Parlament hat eine deutliche Antwort gegeben und eine Resolution verabschiedet, die ganz Europa zu einer **„LGBTIQ FREEDOM ZONE“** erklärt. Auch Stuttgart engagiert sich für Akzeptanz, Diversity und eine offene Willkommenskultur. *Jitka Sklenářová* hat beantragt, dass diese solidarische Haltung stärker nach außen sichtbar gemacht wird und dass Stuttgart dem **NETZWERK „RAINBOW CITIES“** beitrifft.

Das „Bündnis für Wohnen“ hat seit 2016 mit großem Erfolg den brachliegenden Wohnungsbau für geförderte Wohnungen in Stuttgart wieder aufgenommen. Stuttgarter*innen aus der städtischen Vormerkliste, Familien, Alleinerziehende, Geringverdiener*innen und viele andere haben so wieder eine Chance, auf dem Wohnungsmarkt eine attraktive und für sie bezahlbare Wohnung zu finden. Die Partner*innen im „Bündnis für Wohnen“ hatten sich für vorerst fünf Jahre darauf verständigt, wieder verstärkt in den geförderten Wohnungsbau einzusteigen. Diese Zeit ist bald abgelaufen. *Silvia Fischer* will, dass mit den Akteuren der Stuttgarter Wohnungswirtschaft verhandelt wird, um künftig mit einem weiterentwickelten **BÜNDNIS FÜR WOHNEN 2.0** Wohnraum auch für diejenigen bereitstellen zu können, die ihn nachweislich am

[Antwort gern auch via E-Mail an: gruene.fraktion@stuttgart.de, oder per Fax an: 0711 216-60725]

An
Bündnis 90/Die Grünen im Gemeinderat Stuttgart
Rathaus, Zimmer 8
Marktplatz 1
70173 Stuttgart

Ja bitte,
senden Sie DAS STADTBLATT künftig auch an
diese Adresse/n, per Post oder E-Mail:

Ja, ich habe einen Verbesserungsvorschlag:





Am 10. Juli veranstaltete die BI eine Kundgebung auf den Erwin-Schoettle-Platz. Foto: Marcel Roth

■ S-SÜD: SOLIDARISCHE NACHBARSCHAFT SCHOETTLE-AREAL

Der Süden ist dicht bebaut, Wohnraum wird dort immer teurer und knapper. Umso besser, dass das Statistische Landesamt plant, 2023 vom Erwin-Schoettle-Platz nach Fellbach zu ziehen. Zusammen mit der Uni Stuttgart bildet es einen spannenden Komplex in super Lage, und so hat sich 2020 die BI „Solidarische Nachbarschaft Schoettle-Areal“ gegründet, um die Quartiersentwicklung mitzugestalten. Als Grüne wollen wir dort Wohnen und Arbeiten, soziale Bedarfe und kulturelle Nutzungen, aber auch Ziele des Klimaschutzes umsetzen. Wohnungen sollen dort gemeinwohlorientiert entstehen. Deshalb haben wir beantragt, dass die Stadt in einen Beteiligungs- und Planungsprozess für das frei werdende Areal einsteigt.

Marcel Roth

dringendsten benötigen, aber auf dem freien Wohnungsmarkt kaum noch eine Chance haben. Coronabedingt lag das öffentliche Leben lange darnieder. Der Einzelhandel konnte nur eingeschränkt öffnen und Sport nur in kleinen Gruppen betrieben werden. Von den Beschränkungen wahrscheinlich am stärksten betroffen sind Kulturbetriebe, die Veranstaltungsbranche und die Gastronomie. Inzwischen lässt das Pandemiegeschehen Lockerungen zu – derzeit sind Veranstaltungs- und Gaststättenbesuche unter Auflagen möglich. Eine dieser Auflagen sind negative Testergebnisse. *Andreas Winter* hat mit breiter interfraktioneller Unterstützung beantragt, eine **DEZENTRALE SCHNELLTEST-INFRASTRUKTUR AUFZUBAUEN**, damit die Bürger*innen sich dezentral, kostenlos und niederschwellig testen lassen können.

Der 21. März ist der Internationale Tag gegen Rassismus. Über diesen Tag hinaus wollen wir **DEN OPFERN RASSISTISCH MOTIVIERTER GEWALT GEDENKEN UND ENGAGEMENT GEGEN RASSISMUS WÜRDIGEN**. Die Fraktionen der Grünen, SPD, FrAktion, FDP und PULS setzen sich ein für eine lebendige, diskursive Erinnerungskultur in der Stadt. Im Hotel Silber sehen sie einen zentralen und öffentlichen Ort sowohl des Erinnerns, als auch der Auseinandersetzung über Gegenwart und Zukunft. Von dort ausgehend wird ein Gesamtkonzept Erinnerungskultur erarbeitet. *Andreas Winter* fordert, dass der Stand der Erarbeitung dargestellt und zum Runden Tisch „Erinnerungskultur“ eingeladen wird.

Wir treten seit Jahren für einen Mobilitätspass ein, der einen Anreiz zur Nutzung des ÖPNV schafft und die Finanzierung eines attraktiven und leistungsstarken öffentlichen Verkehrs sicherstellt. Bereits im Jahr 2018 haben wir beantragt, von der Landesregierung zu verlangen, dass diese die Kommunen ermächtigt, eine Nahverkehrsabgabe einzuführen – etwa in Form eines Mobilitätspasses. Dafür hat sich eine Mehrheit im Gemeinderat ausgesprochen, die CDU in der Landesregierung hat sich jedoch dagegen gesperrt. *Andreas Winter* hat beantragt, dass OB Nopper dieses Interesse der Stadt, **JETZT DIE RECHTSGRUNDLAGE FÜR EINEN MOBILITÄTSPASS ZU SCHAFFEN**, Ministerpräsident Kretschmann mitteilt. Und zwar noch vor den Sondierungsgesprächen.

Die Kulturinstitutionen Waggon (Bauzug 3YG), Stadttacker und Contain't im inneren Nordbahnhof brauchen eine Zukunftsperspektive. Sie sind elementarer Bestandteil der lebendigen Kulturszene in Stuttgart. Deshalb wollen die Fraktionen der Grünen, der FrAktion, SPD und PULS ausloten, welche Spielräume für den **ERHALT DER KULTURINSTITUTIONEN AM NORDBAHNHOF FÜR DIE MAKER CITY** bestehen. *Marcel Roth* regt zudem an, bei weiteren Flächen in der Stadt eine künftige, eventuell interimistische Nutzung zu prüfen. Stuttgart braucht dringend Flächen zum Experimentieren und für kreativen Austausch.

Im Rahmen des Klimaschutz-Programms hat der Gemeinderat auch die Durchführung von je zwei autofreien Sonntagen

in den Jahren 2020 und 2021 beschlossen. Corona hat diese Pläne vereitelt. Aus diesem Grund macht *Andreas Winter* den Vorschlag, dieses Jahr eine **STUTTGARTER MOBILITÄTSWOCHE DEZENTRAL UND EMISSIONSFREI** mit einer Vielzahl an kleineren Veranstaltungen durchzuführen. FrAktion, SPD und PULS unterstützen den Vorschlag. In den kommenden beiden Jahren sollen die autofreien Tage dann nachgeholt werden.

Der öffentliche Raum ist für alle da – trotzdem fühlen sich dort vor allem Frauen* unsicher. *Christine Lehmann* will das mit Gender Planning und der Beseitigung von Angsträumen ändern und so **BEI DER GLEICHSTELLUNG JETZT DEN NÄCHSTEN SCHRITT GEHEN**.

Das Bürgerforum zur Oper hat nach fünf Beteiligungsrunden seinen Schlussbericht mit seinen Empfehlungen, Impulsen und Anregungen zur Sanierung des Stuttgarter Opernhauses vorgelegt. *Andreas Winter* will die **ERGEBNISSE DER BÜRGERBETEILIGUNG ERNST NEHMEN**. Die hervorragende sachliche und fachliche Arbeit der Bürgerbeteiligung soll bei der Grundsatzentscheidung des Stuttgarter Gemeinderats zur Oper berücksichtigt werden.

Martin Steeb

Alle diese Anträge und Anfragen wie auch weitere, hier nicht erwähnte Anträge und – soweit vorhanden – die Stellungnahmen der Verwaltung dazu können auf der Homepage der grünen Gemeinderatsfraktion nachgelesen werden: www.lust-auf-stadt.de/antraege.

Danke, Fritz!

■ Deine Wahl 2012 zum ersten grünen Oberbürgermeister einer Landeshauptstadt hat Furore gemacht. Ein Polit-Profi: Landtag, Bundestag, Fraktionsvorsitzender, Bundesvorsitzender – und dann Oberbürgermeister von Stuttgart. Nach dem beachtlichen Medienrummel um die Wahl wurde schnell klar: Dir ging es darum, die Herausforderungen anzunehmen, an Lösungen zu arbeiten und darüber hinaus wichtige Strukturveränderungen herbeizuführen, um unsere Stadt, und zwar die ganze Stadt, nachhaltig und zukunftsfähig zu machen.

VON VERKEHRSWENDE UND BÜNDNIS FÜR WOHNEN BIS ZUM KLIMA-AKTIONSPLAN | Mit Deinem Namen wird die Verkehrswende in Stuttgart verbunden sein, die sich seit einigen Jahren in unserer einst autogerechten Stadt vollzieht. Große Tarifreform im VVS mit Senkung der Ticketpreise, Ausbau des ÖPNV und Pakt mit dem Land, Fahrradstadt Stuttgart, bessere Luft und lebenswerte Innenstadt sind die Stichworte.

Du hast dafür gesorgt, dass die Stadt wieder in den Bau geförderter Wohnungen eingestiegen ist, und hast es geschafft, ein Bündnis für Wohnen zusammenzuhalten. Weitsicht und Entschlossenheit zeigtest du im Kampf gegen den Klimawandel. Spätestens jetzt, wo die EU ihr Klimapaket auf den Weg bringt, sehen wir, wie wichtig dein Aktionsplan „Weltklima in Not – Stuttgart handelt“ und das dafür bereitgestellte 200-Millionen-Euro-Paket für unsere Stadt ist.

Unsere Stadt ist relativ gut durch die Pandemie gekommen. Auch das verdanken wir nicht zuletzt deinem versierten Krisenmanagement. Mit Weitsicht und der nötigen Vorsicht hast du die notwendigen Maßnahmen auf den Weg gebracht.

FÜR DEMOKRATIE, MENSCHENRECHTE UND DEN STUTTGARTER WEG | Du warst uns als Demokrat ein Vorbild. Klare Kante für Menschenrechte, gegen Diskriminierung und Ausgrenzung, für Toleranz und ein weltoffenes und internationales Stuttgart. Der unter dir beschriebene Stuttgarter Weg, als es darum ging, Tausende von Geflüchteten in der Stadt unterzubringen, galt anderen Städten als Vorbild. Unvergesslich, wie du auf dem Schlossplatz Hölderlin zitiertest: „Glückliches Stuttgart! Nimm freundlich den Fremdling mir auf!“ Klare Worte fandest du gegen die Pegida-Bewegung oder bei der Eröffnung des Hotel Silber.

EIN OBERBÜRGERMEISTER FÜR ALLE! | Du warst immer offen für gute Argumente und bereit zum politischen Kompromiss. Du standest für eine transparente Verwaltung und hast die Bürgerschaft in Entscheidungen einbezogen. Ein OB für alle Stuttgarter*innen. Fritz, ich danke dir, auch im Namen der grünen Fraktion, für deinen großen Einsatz für unsere Stadt!

Andreas Winter

Am 15. Juli hat der Gemeinderat den früheren OB Fritz Kuhn unter langanhaltendem Applaus offiziell verabschiedet, sieben Monate nachdem der Nachfolger ins Amt eingeführt wurde. Die Ehrenbürgerwürde haben ihm dennoch alle anderen Fraktionen verwehrt – „einmütig“ wurde ihm dafür die Bürgermedaille der Landeshauptstadt Stuttgart verliehen.



Foto: Max Kovalenko/Stadt Stuttgart

DAS STADTBLATT | JULI 2021 | IMPRESSUM

Herausgeber*innen: Benjamin Boy, Raphaela Ciblis, Silvia Fischer, Vittorio Lazaridis, Christine Lehmann, Gabriele Munk, Gabriele Nuber-Schöllhammer, Björn Peterhoff, Florian Pitschel, Marco Rastetter, Marcel Roth, Petra Rühle, Beate Schiener, Marina Silverii, Jitka Sklenářová, Andreas Winter

Titelfoto: taonga – stock.adobe.com

Redaktion: Petra Rühle und Andreas Winter (verantwortlich), Martin Steeb

Redaktionelle Mitarbeit, Gestaltung: Sabine Weissinger, freie Journalistin, Stuttgart

Bündnis 90 / Die Grünen im Gemeinderat der Stadt Stuttgart

Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart
Telefon 0711 216-60722, -60723, -60727, Fax -60725

Geschäftsstelle:

Rebecca Benez, Christian Bohr, Thomas Dengler, Nicole Rogalski, Martin Steeb

Diskussionsbeiträge willkommen unter:

gruene.fraktion@stuttgart.de

Druck: Druckhaus Stil + Find, auf 100 % Recyclingpapier

DAS STADTBLATT wird auf Wunsch zugeschickt und ist über das Internet verfügbar:

www.lust-auf-stadt.de

